

Nr. 1 März '98



DREIGLIEDERUNG DES SOZIALEN ORGANISMUS

Wirtschaftliche Zusammenarbeit
als Hilfe zur Entwicklung?

Aktion mündige Schule
Gestaltungsgesten der Selbstverwaltung

HERAUSGEGEBEN VON DER INITIATIVE „NETZWERK DREIGLIEDERUNG“

Editorial

Themenschwerpunkt dieses Rundbriefs ist wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, das Verhältnis Europas zu den Ländern der sogenannten Dritten Welt. Berichtet wird, ausgehend von einem Seminar zu diesem Thema, auch über praktische Initiativen auf diesem Feld. Ein weiterer Schwerpunkt liegt bei der Freiheit des Schulwesens. Die Aktion mündige Schule in Schleswig-Holstein hat eine Volksinitiative für ein freies Schulwesen gestartet und leistet damit zugleich einen wichtigen Beitrag, um den Dreigliederungsgedanken fruchtbar zu machen. Diese Initiative verdient in jeder Hinsicht unsere Unterstützung!

Die im letzten Heft angekündigten Initiativen in der Medienarbeit haben erste Früchte gezeitigt: Seit Januar arbeiten Klaus B. Harms, Theo Stepp und ich in der Redaktion der Zeitschrift „die Drei“ zusammen und versuchen dort neue publizistische Wege zu gehen, die hoffentlich – auch wenn das nur in kleinen Schritten möglich ist – dazu führen, daß eine größere Öffentlichkeit erreicht wird. Z.B. haben wir eine Rubrik „Brennpunkte“ eingerichtet, die jeden Monat aktuelle Entwicklungen im sozialen Organismus beleuchtet. Rundbrief-Lesern, die diese Arbeit kennenlernen wollen, schicke ich gerne ein Probeexemplar der „Drei“ zu. Auch die avisierte Zusammenarbeit mit der Redaktion der Zeitschrift „Das Goetheanum“ ist vorangekommen.

Die Gestaltung des Rundbriefs haben wir in dieser Nummer ein Stückchen weiterentwickelt: Ohne die Linie einer schnörkellos-nüchternen Machart zu verlassen, haben wir doch stellenweise den Fließtext durch Kästen aufgelockert, um das Lesen zu erleichtern. Wenn Sie Anregungen zur Gestaltung, Kommentare und Beiträge zu den Artikeln oder Themenwünsche haben: Bitte teilen Sie sich mit! Wir würden solche Beiträge auch gerne in einem Leserforum zur Diskussion stellen (mit dem bei allen Zeitschriften üblichen Vorbehalt, daß wir uns eventuell nötige Kürzungen vorbehalten).

Unser Aufruf zum Kostenausgleich hat ein erfreuliches erstes Echo gefunden. Wir sind zwar noch weit von der finanziellen Ziellinie entfernt, aber wenn der Trend anhält, können wir es schaffen. Dank an alle, die schon beigetragen haben und an alle, die sich das noch vornehmen.

Ihr Christoph Strawe

Inhalt

Editorial / Notizen zum Zeitgeschehen ...	S. 2
Europäische Zivilisation und alte Kulturen – Wirtschaftliche Zusammenarbeit als Hilfe zur Entwicklung? (Christoph Strawe)	S. 4
Aktion mündige Schule	S. 15
Gestaltungsgesten der Selbstverwaltung (Udo Herrmannstorfer)	S. 22
Berichte (Qualitätssicherung, Initiativen im Gesundheitswesen u.a.) ...	S. 23
Ankündigungen und Termine	S. 30
Netzwerkseminar	S. 32

Notiert: Aus dem Zeitgeschehen¹

(vs/cs)

Mit der Fusion des Schweizerischen Bankvereins (SBV) und der Schweizerischen Bankgesellschaft (UBS) entsteht die zweitgrößte Bank der Welt +++ Der Bundestag beauftragte den Verteidigungsausschuß mit der Klärung der Verantwortung für rechtsradikale Umtriebe in der Bundeswehr +++ Einigung im Vermittlungsausschuß auf einen Kompromiß in der Rentenpolitik +++ Einigung über die EU-Erweiterung auf dem Luxemburger Treffen der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten. Mit Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik, Estland, Slowenien und Zypern werden ab 1. April '98 offizielle Beitrittsverhandlungen geführt. Litauen, Lettland, Bulgarien, Rumänien und die Slowakei sollen zuerst in einer längeren Anpassungsphase auf die Mitgliedschaft vorbereitet werden. Beitrittsverhandlungen mit der Türkei wurden abgelehnt +++ Der parteilose Chef der tschechischen Nationalbank, Josef Tošovský, wird tschechischer Ministerpräsident +++ Bund und Länder

1) bis 23.2.'98

Impressum

Rund1) bis 22.5.1998brief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative „Netzwerk Dreigliederung“. Redaktion und Verwaltung: Dr. Christoph Strawe und Dipl. Pol. Volker Stubel. Adresse: Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel. (0711) 23 68 950, Fax (0711) 23 60 218, eMail: BueroStrawe@t-online.de. Umschlaggestaltung: Paul Pollock. Es erscheinen in der Regel vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr DM 30,-). Zahlungen bitte durch Geldschein, Scheck oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 60050101. Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bei Beiträgen zum Kostenausgleich der Initiative „Netzwerk Dreigliederung“ werden, soweit keine gesonderte Überweisung für den Rundbrief erfolgt, DM 30,- auf den Rundbrief angerechnet.

einigen sich auf eine Anhebung des BAföG-Satzes und des Eltern-Freibetrags +++ Die Verteidigungsminister Deutschlands, Englands, Italiens und Spaniens unterzeichnen in Bonn eine Vereinbarung über die Serienfertigung des Jagdflugzeugs Eurofighter 2000 +++ Der Immobilienhai Jürgen Schneider wird vom Landgericht Frankfurt zu sechs Jahren und neun Monaten Gefängnis verurteilt +++ Deutschland und Tschechien richten einen gemeinsamen Zukunftsfonds ein, in den Deutschland in den nächsten vier Jahren 140 Mio. DM, Tschechien 25 Mio. DM einzahlen will. Der Fonds dient vor allem zur Entschädigung tschechischer Naziopfer +++ Mit Wirkung vom 1. Januar wird das Ministerium für Post und Telekommunikation nach 49 Jahren aufgelöst +++ In seiner Neujahrsansprache äußert sich Kanzler Kohl optimistisch über die Aussichten zur Verringerung der Arbeitslosigkeit, auch das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln gibt Anfang Januar eine optimistische Prognose ab +++ Trotz anhaltender Finanzkrise in Fernost verzeichnen die europäischen Börsen Kurssteigerungen. Der Deutsche Aktienindex hat sich seit Anfang 1997 um fast 50% erhöht. Dies stellt den größten Zuwachs der letzten 10 Jahre dar +++ In den neuen Bundesländern gilt ab Jahresbeginn ein neues Mietrecht. Die bisher geltende Preisbindung läuft aus +++ Eine Welle meist kurdischer Flüchtlinge schwappt nach Italien. Die deutsche Bundesregierung erhebt in diesem Zusammenhang Vorwürfe gegen Italien und fordert eine bessere Grenzsicherung +++ Mit einer Massenschlachtung von 1,4 Millionen Hühnern und anderem Geflügel versuchen die Behörden von Hongkong, den Vogelgrippe-Virus auszurotten +++ Die Koalitionsführung beschließt das Ende der Verhandlungen mit der Opposition über eine Steuerreform +++ Die FDP versucht bei ihrem traditionellen Dreikönigstreffen, Geschlossenheit zu demonstrieren +++ Am 9. Januar wird gemeldet, daß die Arbeitslosenzahl erstmals 4,5 Millionen übersteigt. Bundeskanzler Kohl erklärt angesichts dieser Zahlen, das Ziel einer Halbierung der Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 sei wohl nicht zu erreichen +++ Zu Beginn des Fastenmonats Ramadan kommen bei einem erneuten Massaker in Algerien über 400 Menschen ums Leben +++ In Erfurt findet ein Parteitag der Grünen statt +++ Die Neuverschuldung des Bundes ist nach Angaben von Finanzminister Waigel 1997 um sechs Milliarden Mark niedriger ausgefallen als erwartet +++ Die Bundesregierung und die Jewish Claims Conference haben sich darüber verständigt, daß ein Hilfsfonds in Höhe von 200 Millionen Mark für NS-Opfer eingerichtet wird +++ Die türkische Wohlfahrtspartei wird verboten +++ Die UN-Inspektoren verlassen den Irak +++ Der „Reproduktionstechnologie“ Dr. Richard Seed kündigt an, das Zeitalter des Klonens von Menschen einleiten zu wollen +++

Massenproteste von Arbeitslosen in Frankreich mit Besetzungen von Arbeitsämtern und anderen Einrichtungen +++ Streit unter den Bundesländern über den sogenannten Länderfinanzausgleich um die Forderung Bayerns und Baden-Württembergs, die nicht mehr soviel wie bisher an die armen Länder zahlen wollen +++ Papst-Besuch in Kuba +++ Der Papst fordert in einem Schreiben an die deutschen Bischöfe, daß sie sich nicht länger an der Konfliktberatung für Schwangere beteiligen. Die Bischöfe reagieren auf diese Forderung mit der Regelung, daß die katholischen Beratungsstellen rat- und hilfeschwangeren Frauen künftig keine Scheine mehr ausstellen, die zu einem straffreien Abbruch berechtigen +++ Kampagne gegen Präsident Clinton wegen einer angeblichen Sexaffäre mit einer Praktikantin, die er zu einer Falschaussage unter Eid genötigt haben soll +++ Zuspitzung der Irak-Krise, ein Militärschlag der USA wird wahrscheinlicher +++ Wegen Verkaufspraktiken in Italien, die gegen europäisches Wettbewerbsrecht verstoßen, muß der VW-Konzern in Brüssel 200 Millionen Mark in die EU-Kasse zahlen +++ Weitere hitzige Diskussion um die Einführung der akustischen Wohnraumüberwachung („großer Lauschangriff“), für den sich im Bundesrat die notwendige Zweidrittel-Mehrheit findet +++ Die Zahl der Arbeitslosen steigt weiter an: Mehr als 4,8 Millionen Menschen sind Ende Januar in Deutschland ohne Arbeit, in den neuen Bundesländern jeder 5. Erwerbstätige. Es kommt zu ersten Protestaktionen von Arbeitslosen +++ Eine überparteiliche Initiative, auf gesetzlichem Wege ein Rauchverbot am Arbeitsplatz, in Behörden und in öffentlichen Verkehrsmitteln durchzusetzen, findet im Bundestag keine Mehrheit +++ Im japanischen Nagano finden die olympischen Winterspiele statt +++ Ein schweres Erdbeben in Afghanistan fordert mehr als 4600 Menschenleben +++ Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst +++ Mißglücktes Attentat auf den georgischen Präsidenten Eduard Schewardnadse +++ Unruhen in Indonesien, die Suharto-Diktatur befindet sich in der Krise. Deutschland sagt zusätzliche Kredithilfen für das Land zu +++ UN-Generalsekretär Annan führt in Bagdad Verhandlungen zur Lösung der Irak-Krise und erreicht eine Vereinbarung über ungehinderte Waffenkontrollen. Es besteht aber nach wie vor Skepsis, ob Saddam Hussein die Vereinbarungen einhalten wird +++ Der Schriftsteller Ernst Jünger stirbt im Alter von 102 Jahren +++ Die Gewerkschaften ÖTV, HBV, die IG Medien, die Postgewerkschaft und die bisher nicht dem Deutschen Gewerkschaftsbund angehörende Deutsche Angestelltengewerkschaft DAG wollen sich zu einer Dienstleistungsgewerkschaft im DGB zusammenschließen.

Europäische Zivilisation und alte Kulturen – Wirtschaftliche Zusammenarbeit als Hilfe zur Entwicklung?

Christoph Strawe

„Die Menschheit will ein Ganzes werden“: Unter diesem Motto fand vom 24. bis 27. Oktober 1996 im Neubau des Handelskontors Willmann in Vaihingen–Enz ein Seminar im Rahmen der Fortbildungsreihe „Individualität und soziale Verantwortung“ statt, bei dem es in Vorträgen, Foren, Gesprächen und musikalischen Demonstrationen um Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Begegnung der Kulturen ging.

Udo Herrmannstorfer sprach über „Zukunftsentwicklung als Begegnung mit der eigenen Vergangenheit“, Christoph Strawe über „Europäische Zivilisation und alte Kulturen“. Ibrahim Abouleish referierte über die Rolle des Nahen Ostens im Menschheitsorganismus und über die Sekem–Initiative in Ägypten, Walter Burkhart stellte den Entwicklungshilfefonds der Gemeinnützigen Treuhandstelle Bochum vor. Anand Mandaiker sprach über die indische Kultur, Patrick Hohmann, Remei AG Zug, berichtete über das Maikaal–Projekt in Indien. In einem weiteren Forum behandelte Vladimir Sagvodskin „Rußland“. Udo Herrmannstorfer, Hans Udo Zöller und Floris van der Ham informierten über den biologisch–dynamischen Landwirtschaftsbetrieb und die Landbauschule „Istra“, den Holzverarbeitungsbetrieb „Ruza“ und andere Projekte im Rahmen des Verbundes Freie Unternehmensinitiativen. Außerdem fand ein Rundgespräch statt, an dem auch Johannes Christenn vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung teilnahm. Bei dem folgenden Beitrag handelt es sich um die überarbeitete und erweiterte Fassung des Vortrags von C. Strawe, der durch Kurzberichte über Sekem, den Entwicklungshilfefonds und das Maikaal–Projekt sowie um einen Bericht über eine weitere Initiative in der Dominikanischen Republik ergänzt ist.

„CLASH OF CIVILIZATIONS“?

Im Sommer 1993 erschien aus der Feder des Harvard–Professors Samuel P. Huntington ein Leitartikel, der Furore machte. Unter dem Titel „The Clash of Civilizations?“ (Der Aufeinanderprall der Zivilisationen bzw. Kulturen) analysierte Huntington auf 28 Seiten die neue Ära nach der Zeit des Kalten Krieges und kam zu dem Ergebnis: „Der Westen, der im Zenit seiner Macht steht, sieht sich nicht–westlichen Zivilisationen gegenüber, die zunehmend über den Wunsch, den Willen und die Mittel verfügen, die Welt nach nicht–westlichen Maßstäben zu gestalten.“ Den Golfkrieg betrachtete er als erstes Beispiel für einen derartigen interzivilisatorischen Konflikt. Ein weiteres Beispiel ist der Bosnien–Konflikt, grenzen auf dem Balkan doch gegensätzliche Kulturfelder (Katholizismus, Orthodoxie, Islam) aneinander. Der Samtvorhang der Kulturen habe den Eisernen Vorhang der Ideologien abgelöst. Die größte Gefahr der neuen Lage sieht Huntington in einer Annäherung von islamischen und „konfuzianischen“ Zivilisationen (China, Taiwan, Singapur und Hongkong), aber auch Rußlands „euroasiatische Zivilisation“ biete ein großes Konfliktpotential. Blutige Auseinandersetzungen, die sich an den Gegensätzen der

Kulturen entzünden, seien möglich.¹ Der Begriff des „Aufeinanderpralls der Kulturen“ ist durchaus geeignet, ähnlich wie früher die Begriffe etwa des „containment“, des „roll back“ oder des „Wandels durch Annäherung“ eine Art Inbegriff für eine längerfristige strategische Orientierung des Westens zu bilden. Huntington schlägt in diesem Zusammenhang dem Westen vor, Konflikte zwischen konfuzianistischen und islamistischen Staaten auszunutzen, westlich orientierte Gruppen in allen Staaten zu unterstützen und internationale Einrichtungen mit westlicher Orientierung zu stärken. So glaubt er der Gefahr begegnen zu können, daß das Abendland – nach 500 Jahren europäischer Welteroberung – in der Auseinandersetzung der Kulturen untergeht, ein Thema, das bekanntlich bereits 1917 von Oswald Spengler aufgebracht wurde.

In der Tat geben Huntingtons Thesen Anlaß zu Fragen nach der Perspektive Europas und des Westens. Man wird dabei aber, anders als Huntington, der dies unreflektiert voraussetzt, hinterfragen müssen, ob die Erhaltung westlicher Macht überhaupt ein erstrebenswertes Ziel ist.

¹ Zitiert nach: Amnon Reuveni: Im Namen der „neuen Weltordnung“. Vom unzeitgemäßen Herrschaftswillen und seinen Trägern in der Weltpolitik. Dornach 1994. Reuveni macht darauf aufmerksam, daß bereits am 1.9.1990 in der Zeitschrift „The economist“ eine Weltkarte erschien, in der Euroamerika, Islamistan, Euro-Asia, Confuciana (incl. Japan) und Hinduland als gleichsam kulturelle Kontinente dargestellt sind.

Anders gefragt: Was am Abendland ist überhaupt wert,

on voranschreitet. Die europäische Zivilisation verfügt

nicht mehr über jene instinktive Sicherheit in bezug auf die eigene Mission, über die ältere Kulturen wie selbstverständlich geboten. Diese Unsicherheit hängt mit der Rolle Europas in der Kulturentwicklung intim zusammen. Wenn wir mit Rudolf Steiner bestimmte Kulturrhythmen in der Geschichte unterscheiden² und auf die Abfolge bestimmter geographischer Schwerpunkte des weltgeschichtlichen Werdens blicken, dann können wir sagen: Wir leben jetzt in der fünften Kulturepoche, der die „griechisch-römische“ Epoche vorangeht und der die sogenannte „slawische Epoche“ folgen wird. Für die Menschen der ersten „urindischen“ Epoche war die physische Welt noch Maja, die geistige die einzig reale. Noch ein Buddha erlebte die Individualisierung der Menschen als zunehmende Verfinsternung und Entfremdung vom Geistigen – infolge der „luziferischen“ Verführung. Das Geistige lebte damals noch unpersönlich, als passiv empfangene Inspiration in der Seele. In der zweiten, „urpersischen“ und der dritten, „ägyptisch-chaldäischen“ Epoche wird die Erde zunehmend ergriffen, auf der der Mensch in der vierten Epoche als Erdenbürger „ankommt“, in welcher sich das Erwachen individuellen Bewußtseins, der Über-

gang vom Mythos zum „Logos“, zum verständigen individuellen Denken, vollzieht. In den Perserkriegen setzt sich das dergestalt durch Individualität geprägte Europa vom alten Asien ab. Europas Aufgabe ist es, die individuelle Intelligenz zu entwickeln, die zunächst durch die Verdunkelung, den Sonnenuntergang des Geistigen, erkaufte werden muß. Insofern ist Abendland mehr als ein bloß geographischer Begriff.

Altes Mysterienwissen wird nun umgeschmolzen in Philosophie. Dem Menschen ist keine imaginativ und

² Diese Kulturrhythmen können hier nicht näher betrachtet und abgeleitet werden. Für denjenigen, der den Sinn einer solchen Kulturepochenbetrachtung nachvollziehen möchte, existiert jedoch eine umfangreiche Literatur zu diesem Thema. Beispielhaft sei nur verwiesen auf das Buch von Christoph Lindenberg: Geschichte lehren. Stuttgart 1981.

GEMEINNÜTZIGE TREUHANDSTELLE E.V. - ENTWICKLUNGSHILFEFONDS

Der Entwicklungshilfefonds betreut 30 Projekte der Entwicklungszusammenarbeit in Lateinamerika, Afrika und Nepal für ökologischen Landbau von Kleinbauern/innen, Kinderpatenschaften, Patenschaften für Behinderte, Ausbildung und Frauenkredite. Zwei Beispiele:

Kleinkredite für benachteiligte Frauen in Uganda

Vertraut man benachteiligten Frauen kleine Gewerbekredite an, wird oft Erstaunliches erreicht. Die verbesserten Einkünfte geben Lebenshoffnung und kommen direkt den Kindern zugute. Ziel ist es, von Außenhilfe unabhängig zu werden. Verwendet werden die Kleinkredite z.B. für die Aufzucht von Kaninchen, Hühnern oder Schweinen, für Transportmittel wie ein Fahrrad oder einen Fahrradanhänger, für den Vorrat eines kleinen Ladens oder für handwerkliches Rohmaterial. So haben sich ca. 600 Frauen in Ostafrika als Assoziationen registrieren lassen. In Fünfergruppen verbürgen sie sich gegenseitig und nehmen Kredit auf. Dem gehen Schulungen in einfacher Wirtschaftsführung und Sozialdynamik voraus. Die Kredite laufen 12 Monate und werden bei den wöchentlichen Treffen in kleinen Raten zurückgezahlt.

Ökologischer Landbau für Kleinbauern/innen, Kenia

Das Land ist die Basis jeder Gesellschaft. Ökologischer Landbau kann die Tradition auf heilsame Art weiterführen. Eine (arbeits-) intensive Kompostwirtschaft zu Niedrigkosten wird von den Kleinbauern gerne aufgegriffen. Dauerfruchtbarkeit - statt Brandrodung - pflegt die Umwelt und schafft vielfältige Nahrung. Das beweisen hunderte von Frauengruppen und Kleinbauern, die von Partnern in Brasilien, Ostafrika und Nepal beraten werden.

Viele Kleinbäuerinnen in Kenia haben es schon geschafft. Von z.B. 30 m x 50 m Gartenland können sie ihre Familien ernähren und noch Überschüsse auf dem Wochenmarkt verkaufen. Gepflegte Ziegen liefern die Milch. Große Regenwassertanks für das Dachwasser ersparen viel Zeit und Kraft gegenüber dem Wasserholen vom Bach; zudem dienen sie dem Vorziehen von Gemüsesetzlingen und helfen über die langen Trockenperioden hinweg. - Viele Männer müssen nicht mehr zur Plantage gehen, sondern arbeiten jetzt nur noch auf ihren kleinen Höfen mit.

Kontaktanschrift: Gemeinnützige Treuhandstelle e.V., Entwicklungshilfefonds, Walter Burkart, Oskar-Hoffmann-Straße 25, 44789 Bochum, Telefon (0234) 307 93 24, Fax (0234) 313 883, eMail: GTS-EWF@t-online.de. Spendenkonto 12 330 010 bei der GLS Gemeinschaftsbank eG in Bochum (BLZ 430 609 67), Stichwort: Entwicklungshilfefonds.

vor dem Untergang bewahrt zu werden? Welche Antwort findet das Abendland auf die Situation? Wie muß sich das Abendland selber wandeln, um eine berechtigte Rolle in der heutigen Welt spielen zu können?

EUROPÄISCHE ZIVILISATION

Europa ist heute durch Maastricht und die Währungsunion ein Thema. Aber durch die europäische Integrationsbewegung ist die Frage nach der Richtung, in der sich dieses Europa entwickeln sollte, wenn es eine heilsame Rolle in der Welt spielen will, noch nicht beantwortet. Ja die Unsicherheit über die „Mission“ Europas scheint im gleichen Maße zu wachsen, in dem die äußere Integrati-

inspirativ durchschaubare Welt mehr gegeben, sondern er muß selbst den Ausweg aus dem verwirrenden Labyrinth der nunmehr zusammenhanglos gegebenen Erscheinungen am Ariadnefaden des Gedankens finden. Der in der „Verstandesseele“ erwachte Gedanke beginnt sich der äußeren Welt zu bemächtigen. In Rom entwickelt sich äußeres Staatsdenken, äußeres Recht. Die Verstandesseele (die zugleich als persönlich gefärbte „Gemütsseele“ auftritt) betätigt sich sowohl im sozialen als auch im technischen Bereich: Straßen, Fußbodenheizung, Kloaken, Reichspost, „Commercium“ werden entwickelt.

In der Philosophie lebt das Erbe des Mysterienwissens zunächst noch im Gedankenkleid fort, bis Justinian durch die Schließung der Philosophenschule von Athen auch diese Verbindung kappt, der gleiche Justinian, der das römische Recht im Codex Juris Civilis kodifiziert. Mit dem Fall Westroms im Zuge der Völkerwanderung tritt das germanische Element als prägende Kraft der europäischen Geschichte in Erscheinung. Für das Germanentum ist, folgt man wiederum den Darstellungen Rudolf Steiners, der Einschlag des Ich in ein noch ungeformtes und unverwandtes, „berserkerhaftes“ Seelenleben typisch, dem zugleich zunächst noch eine tiefe Beziehung zur Naturgeistigkeit innewohnt. Dieses germanische Seelenelement ist offen für die gemüthafte Aufnahme des Christus-Impulses (dessen Verständnis durch die germanische Mythologie in gewissem Sinne bereits vorbereitet ist). Die Aufnahme des Christentums mit den Kräften der Verstandes- und Gemütsseele prägt das gesamte Mittelalter.

In unserem fünften Zeitalter, demjenigen der Bewußtseinsseele, wird die geistige Welt im gleichen Maße zur Maja, in dem die physische es für den alten Inder war. Das erwachte Selbstbewußtsein stellt sich die Welt als „Gegenstand“ gegenüber, den es zu beherrschen gilt. Das Denken richtet sich auf die Aufdeckung derjenigen Zusammenhänge, die die Beherrschung des Gegenstandes ermöglichen. Wesenserkenntnis ist nur in dem Maße möglich, in dem der individuelle Geist durch eigene Aktivität Anteil am Geistgehalt der Welt erlangt. Daß der Denkende sein Denken nunmehr ganz als eigene Hervorbringung erlebt, führt ihn aber zunächst in den Zweifel über den Geistgehalt dieses Denkens und der ihm in Faktizitäten zerfallenden Welt. Der Weg der Bewußtseinsseele ist notwendig ein Weg durch die Wüste des Materialismus, in welcher unterschiedlicher Form dieser sich auch darstellen mag. Das Denken erstarkt, aber zugleich wird es blaß. Es wird scharf, aber zugleich enger. Das Bewußtsein wird wach, aber zugleich verarmt es. Fülle und Wirklichkeitssättigung kann es nur aus eigener Kraft wiedererlangen.

So haben wir zunächst einen hohen Preis entrichten müssen für den Bewußtseinsfortschritt der Moderne, der zugleich nicht hoch genug geschätzt werden kann: In der Bewußtseinsseele leben, heißt erkennen, wie wir den Dingen durch unsere Tätigkeit das Profil geben, sich der Bedeutung der eigenen inneren Haltung überhaupt erst bewußt zu werden, unkonventionell handeln zu können, Welt und Natur so, wie sie sind, nicht hinzunehmen, sondern aus schöpferischer Unzufriedenheit Veränderun-

gen zu bewirken.³

In der Geschichte der Neuzeit spiegelt sich dieses Erwachen der Bewußtseinsseele wider, im Aufschwung von Naturbeobachtung, Experiment und Technik, in der Kunst, im „Hier-steh-ich,-ich-kann-nicht-anders“-Impuls der Reformation, in Erfindungen und Entdeckungen. Mit der erweiterten Naturbeherrschung stellt sich die Frage nach der Verantwortung für die Folgen technischer Eingriffe, nach der Verhinderung des Umschlagens der gewaltigen Produktivkräfte, die entfesselt werden, in Destruktivkräfte.

In der Neuzeit werden aus dem Imperium die Nationalstaaten, in die sich Europa zersplittert. Erst jetzt entsteht überhaupt „Staat“ im Sinne eines rein idisch-zweckhaften Machtgebildes. Ökonomie verselbständigt sich, wird zur Achse des Lebens, die Arbeitsteilung wächst sich zu einem globalen Netzwerk aus, während zugleich der Motor des weltweiten Füreinander-Tätigseins paradoxerweise im „Selbstinteresse“ des vereinzelt Einzelnen gesehen wird (Theorie der Marktwirtschaft). Dabei legt sich immer mehr der Schleier eines sich verselbständigenden Geldwesens über die Realwirtschaft, die nurmehr in Kategorien von Investition und Rendite begriffen wird. „Ahrimanische“ Kräfte werden entfesselt.

Die Individualisierung im Zeichen der Bewußtseinsseele entwickelt sich so im Spannungsfeld zwischen Selbstsucht und Selbstlosigkeit. Je mehr die Kulturentwicklung vom einzelnen und seiner Sozialkompetenz abhängig wird, um so drängender erhebt sich die Frage, ob das sich im Selbstbewußtsein erfassende Ich im Ego stecken bleiben muß oder seiner globalen Verantwortung gerecht wird, ob es sich in sich verschließt oder öffnet für den Wesensaustausch mit der natürlichen und sozialen Mitwelt und damit Materialismus und Antisozialität überwindet.

So ist die europäische Entwicklung als Individualitätentwicklung permanent vom Schatten der Egoität bedroht, ob sie sich nun als individueller Egoismus der Marktsubjekte oder als kollektiver Egoismus der Nationalstaaten auslebt (das Prinzip „right or wrong, my country“).

ICH UND MENSCHHEIT, MENSCHENRECHTE

Wenn das Ich sich selber voll erfaßt, dann muß es sich als das Individuellste und zugleich als Menschheitsprinzip begreifen. Im Ich-Punkt abstrahieren wir von allen die Menschen trennenden Differenzierungen in physischer, ätherischer und astraler Hinsicht: von Rasse und Geschlecht, von ethnischer Psychologie, von Milieuprägungen, von tradierten Weltanschauungsorientierungen und Werthaltungen. „Ich“ sagen, heißt zugleich, die Gleichheit von allem anerkennen, was Menschenantlitz trägt. Ein Bewußtsein davon arbeitet sich heraus im Menschenrechtsimpuls der Moderne. Die Menschenrechte stellen die Freiheit und Mündigkeit des einzelnen in das Zent-

³ Vgl. Lindenberg, a.a.O.

rum des Gemeinwesens und beantworten so die soziale Grundfrage der Moderne nach dem Miteinander der vielen selbständig werdenden Iche.

Wenn Europa eine Mission hat, dann diejenige, eine den Menschenrechten adäquate Sozialform zu finden! Das aber heißt, daß seine Mission nicht mehr darin bestehen kann, in der Welt dieses oder jenes „durchzusetzen“, sondern nurmehr den Raum zu schaffen, in dem die einzelnen Menschen die Inhalte ihres Lebens selber schöpfen können. Eine solche Sozialform kann man „Dreigliederung des sozialen Organismus“ nennen, weil sie die Freiheit zum Handeln aus Erkenntnis für alle Menschen als Prinzip des modernen Geisteslebens mit der Gleichheit des Rechtsstaats und dem Solidaritätsgedanken als soziale Antwort auf die Arbeitsteilung des Wirtschaftslebens verbindet.

Im Zeitalter der Mündigkeit des einzelnen ist es unmöglich, beim Nationalstaat und einer bloßen Mehrheitsdemokratie stehen zu bleiben, in der die Initiative des einzelnen von der Zustimmung der Majorität abhängig und damit ein Vormundschaftsprinzip erhalten bleibt. Es ist notwendig, die Gespenster des dritten Zeitalters zu bannen, die im Vormundschaftsanspruch einer „alleinseigmachenden“ Kirche wirken. – Genauso ist es notwendig, sich mit dem Nachwirken des vierten Zeitraums auseinanderzusetzen, mit dem bürokratischen Zentralstaatsgedanken, der besonders in Frankreich ausgeprägt wurde und von dort in die zentralistischen Reglementierungstendenzen der Brüsseler Bürokratie eingegangen ist.

NOTWENDIGES WELTINTERESSE DES EUROPÄERTUMS

Für die alten Kulturen war eine in gewissem Sinne berechnete Selbstgenügsamkeit charakteristisch. Europa kann eine solche Selbstgenügsamkeit nicht pflegen. Die Bewußtseinsseele muß notwendig Weltoffenheit und Weltinteresse kultivieren. In dieser Weltoffenheit liegt die berechnete Seite des europäischen Bestrebens, sich über die ganze Welt zu verbreiten. Bei den Entdeckern und Forschern, den James Cook, Georg Forster, Alexander von Humboldt, finden wir solche Beispiele echten Weltinteresses im Sinne einer merkurialen, nicht marschhaft-kriegerischen Qualität.

Wenn das Ich nicht festgelegt ist, sondern gerade die Kraft der Aktivität und der Identifikation darstellt, dann liegt die Aufgabe der europäischen Kultur als einer Ich-Kultur gerade im Verständnis des kulturell Andersartigen und Fremden, wobei dieses Verständnis zugleich ein Verständnis der Wurzeln ist, denen sich die Individualisierung kulturgeschichtlich verdankt.

Diese Fähigkeit zur Identifikation zeigt sich in einer gewissen Zerrform bei den Jesuiten. So wird berichtet, wie die Patres in Indien je nach Bedarf und „Zielgruppe“ als Jogis oder Brahmanen aufzutreten verstanden. Von einer

Zerrform ist deshalb zu sprechen, weil das Hineinschlüpfen in fremde Mentalität, das der Orden zur Meisterschaft gebracht hat, letztlich einer manipulativen Form der Missionierung diene. Von Entzerrungen befreit, führt diese Begabung zur Möglichkeit, den Weisheitskern aller Religionen zu verstehen und damit zu einer Kultur aktiver Toleranz.

KOLONIALISMUS UND KOLONIALIMPERIALISMUS

Wir wissen nur zu gut, daß das Europäertum den anderen Völkern und Kulturen – von den Ausnahmen eines Las Casas, einer Mutter Teresa, eines Albert Schweitzer und vieler anderer abgesehen – nicht so entgegnet hat, daß der Eindruck dieses Verständnisses und der Glaubwürdigkeit entstehen konnte. Vielmehr ist die europäische Expansion seit dem 15. Jahrhundert eine Geschichte der Ausbeutung, Ausrottung und Unterdrückung. So wurde – um nur ein Beispiel zu nennen – in Mexiko die einheimische Bevölkerung der Majas und Azteken von 25 Mio. auf 3 Mio. Menschen reduziert. Nicht die Botschaft der Menschenrechte wird gebracht, sondern die Fahne der jeweiligen Nation wird aufgepflanzt, wobei die fremden Kontinente zum Schauplatz permanenter nationaler Konflikte gemacht werden, die nicht nur in Europa, sondern auch auf den neuen Schauplätzen ausgetragen werden. Der Gedanke der christlichen Mission verbindet sich fast nahtlos mit selbstischen ökonomischen Zielen – dem Kampf um Rohstoffe und Absatzmärkte –, die die zivilisatorischen Ziele als Ideologie erscheinen lassen. (Für die Kreuzzüge des Mittelalters dagegen spielten religiöse Motive noch eine wesentliche Rolle.) Der Begriff „Kolonialwaren“ sagt das Seine. Die Weltkarte der Rohstoffe war immer noch wesentliche Orientierungshilfe bei der Entwicklung kolonialer Ambitionen: „Sie sagen Jesus und meinen Kattun.“ In diesen Satz hat man den Eindruck zusammengefaßt, den diese Politik bei ihren Adressaten erweckte.

EUROPÄISCHE EXPANSION, SKLAVENHANDEL

Die europäische Expansion in Übersee ist ein epochemachender Vorgang, wobei sich die Entwicklung des Kolonialismus in mehreren Schüben (Portugal, Spanien, Niederlande, England, Frankreich usw.) bis zum Kolonialimperialismus des 19. Jahrhunderts vollzieht.

Sie beginnt im 15. Jahrhundert mit der Bildung erster Kolonial- und Handelsreiche. Dabei macht sich Europa jene Kulturgüter zunutze, die geschichtlich von Ost nach West gewandert sind, wobei diese „Entwicklungshilfe aus dem Osten“ systematisch vergessen wird.

Die „östlichen“ Kulturen sind der Mutterboden, aus dem die individuelle Intelligenz herauswachsen konnte. Die Ziffern, die die Companies in ihre Bücher schreiben, stammen von den Arabern, der Kompaß, den die Seefahrer nutzen, von den Chinesen, die ersten primitiven Feuerwaffen finden sich bei den Mongolen usw.

Jetzt zieht es Europäer als Entdecker und „merchant adventurers“ in die überseeischen Gebiete. Tätig werden Regierungen (Spanien, Portugal) und Chartered Companies (staatlich privilegierte Handelsgesellschaften mit Monopolanspruch für das jeweilige Land wie die Ost-Indien-Company), aber auch private Abenteuerer. Das Motiv der Mission verquickt sich mit ökonomischen Interessen. Es locken die sagenhaften Reichtümer und Rohstoffe jener Länder.

Heinrich der Seefahrer (1394–1460) begründete in Portugal den Christusorden, dessen Ziel es war, das Reich des sagenumwobenen Priesterkönigs Johannes zu finden. Man vermutete es im fernen Indien, wohin auch der Heilige Gral verbracht worden sein sollte. Heinrich gründete 1418 die erste Seefahrerschule der Welt und wurde damit zum Vater der „christlichen Seefahrt“, die allerdings bald ganz andere Ziele anpeilte als den Gral.

Die portugiesische Kolonisation Madeiras kann als Modell aller weiteren europäischen Kolonisation angesehen werden. 1420 kommen die ersten Siedler und machen das zwischen den Kanaren und den Azoren gelegene Eiland durch Brandrodung urbar. Sie bringen Kulturpflanzen und Haustiere mit. Bald werden bei der Urbarmachung Sklaven eingesetzt. In den Jahren 1430–1450 wird die Monokultur eingeführt, eine Landwirtschaft nach rein gewerblichen Gesichtspunkten, die Zucker für den Export anbaut. Um die Wende zum 16. Jahrhundert sind es schon 15 000 Tonnen pro Jahr.⁴ Ab 1444 bedienen sich die Portugiesen auf den Sklavenmärkten an der westafrikanischen Küste, ein Jahrhundert lang beherrschten sie den afrikanischen Sklavenhandel.

1492 landete Columbus in Amerika. Mit der Eroberung

der letzten maurischen Festung Granada begann der Aufstieg Spaniens, das nun ebenfalls den Sklavenhandel zu betreiben begann. In Lateinamerika hatten die Kolonisten zunächst die einheimische Bevölkerung unterjocht, die Zwangsarbeit und eingeschleppte Krankheiten

DIE SEKEM-FARM IN ÄGYPTEN

Als Wunder in der Wüste wird die von Dr. Ibrahim Abouleish begründete Sekem-Farm oft bezeichnet. 60 Kilometer nordöstlich von Kairo ist in 20 Jahren harter Entwicklungsarbeit aus dem trockenen Boden auf 70 Hektar eine blühende Oase entstanden.

120 000 Bäume wurden gepflanzt, Brunnen gebohrt, ein höchst effektives Bewässerungssystem wurde eingerichtet, Heilpflanzen, Obst und Gemüse angebaut, eine Bienenzucht entstand. Dies alles gelang mit Hilfe der biologisch-dynamischen Landwirtschaftsmethode. Produkte werden auf den Märkten der umliegenden Städte verkauft. Allein in Kairo unterhält Sekem drei Supermärkte. Auch nach Europa werden Waren exportiert.

Werkstätten und Kindergärten sind entstanden, eine Waldorfschule für 500 Kinder (erstes Abitur 1995), Berufsausbildung, Laboratorien, Wohnungen, ein Medizinisches Zentrum mit 10 Ambulatorien, für die umliegenden Dörfer steht ein Notarztwagen zur Verfügung. Eine eigene Universität (Sekem-Akademie) befindet sich im Aufbau.

Auf den 160 Farmen, die sich mittlerweile in ganz Ägypten angesiedelt haben, weiden 1000 Kühe. Die ersten 40 kamen – über den GTS-Entwicklungshilfefonds – aus dem Allgäu.

1990 gelang es Abouleish, die ägyptische Regierung davon zu überzeugen, daß man Baumwolle auch ohne Pestizide anbauen kann. Seit 1992 baut Sekem bio-dynamische Baumwolle an und ist in der Textilherstellung tätig. Aus den wirtschaftlichen Überschüssen wird ein reiches kulturelles Leben ermöglicht.

Heute kann man im Internet-Angebot des ägyptischen Informationsministeriums lesen, daß Abouleish so tief vom Vorrang der Qualität über die Quantität überzeugt sei, daß jedes Produkt, das seinen Namen trage, garantiert hervorragend sei („is a guarantee of excellence“).

In der gesamten Sekem-Initiative arbeiten heute 1200 Mitarbeiter. Das Leben ist von festen Rhythmen bestimmt – man trifft sich morgens vor der Arbeit im Kreis zum Rückblick und Vorblick auf die Arbeit.

Kontaktadresse: Verein zur Förderung kultureller Entwicklung in Ägypten e.V., Dr. med. Hans Werner, Falkenstr. 7, 75223 Niefern, Tel. (07233) 3131, Fax 2326.

fürten zur Dezimierung. Nur wenige erhoben gegen den Genozid ihre Stimme wie Bartolomé de Las Casas (1474–1566), Missionar, Historiker und „Apostel der Indianer“. Man begann nun, Afrikaner zu importieren, da man annahm, daß sie die Zwangsarbeit besser ertragen würden. Bis zur Unabhängigkeit Lateinamerikas von Spanien, die endgültig 1825 erreicht wurde, sind schätzungsweise 15 Millionen Menschen durch den transatlantischen Sklavenhandel nach Amerika „importiert“ worden.

Anfang des 17. Jahrhunderts übernimmt Großbritannien die entscheidende Rolle beim Wettlauf um die Eroberung Asiens, Afrikas und des pazifischen Raumes. 1757 beginnt die Ostindische Kompanie mit der Gewinnung des indischen Subkontinents. Auch die Niederlande und Frankreich spielen eine wesentliche Rolle. Großbritannien bleibt auch nach dem Verlust seiner amerikanischen Kolonien 1776 führend.

Die Kolonisationswelle der Jahre 1880 bis 1914, in der das Streben nach Rohstoffen, Absatzmärkten und Aus-

⁴ Manfred Klett: Der Bewußtseinsimpuls Europas und die Dritte Welt. In: Idee und Aufgabe Europas, Dornach 1993.

wanderungsmöglichkeiten unter dem Vorzeichen geostrategischer Ambitionen stand, fällt mit dem Zeitalter des Imperialismus zusammen. Bis 1914 waren die Grenzen der Kolonialreiche abgesteckt. Das britische Empire war zum größten Kolonialreich geworden, aber auch Frankreich, Belgien, Deutschland, Portugal, USA und Japan hatten große Kolonialreiche gebildet.

HERRENMENSCHENDÜNKEL STATT KULTURVERSTÄNDNIS

Die Europäer treffen auf sehr unterschiedliche Kulturverhältnisse, sei es auf Stammesverhältnisse, sei es auf Hochkulturen und ausgebildete Imperien wie in Peru oder Mexiko. Gemeinsam ist diesen Verhältnissen, daß sie durch die Präsenz oder das Nachklingen älterer Bewußtseinsformen bestimmt sind. Dazu gehört auch eine stärkere Gemeinschaftsorientierung, eine völlige Abwesenheit des bei den Europäern so ausgeprägten „Sinns des Habens“. Ein Verständnis für diese Kulturen wird von den Europäern kaum entwickelt, die Verwurzelung der eigenen Kultur in den älteren Verhältnissen nicht gesehen. Bedenkenlos werden alte Kulturen wie die indische zerstört. Im besten Fall träumt man sich „Zurück zur Natur“ (Rousseau) und projiziert eigene Sehnsüchte auf die „unverdorbenen Naturkinder“.

In aller Regel aber herrscht europäischer Herrenmenschendünkel, dem die Kolonialvölker als „Wilde“ oder gar „Untermenschen“ gelten. Der Ich-Impuls erscheint in seiner Zerrform als Hochmut und Selbstsucht.

Kolonialismus bedeutet Aufteilung der Welt unter dem Gesichtspunkt nationaler Selbstsucht. Kein weißer Fleck soll auf der Landkarte bleiben. Ausgebreitet wird nicht die Menschlichkeit, sondern die Fahne der jeweiligen Nation. Gegenüber den ökonomischen Motiven gerät, wie bereits ausgeführt wurde, das Motiv der christlichen Mission zum „Überbau“. Die Weltwirtschaft, ihrem Wesen nach eine globale, eine Menschheitswirtschaft, tritt so in der Zerrform des wirtschaftlichen Imperialismus auf.

Für den Reichtum geistiger Substanz, der in den alten Kulturen lebt, ist man blind. Wie hat man es doch selbst so herrlich weit gebracht! Wie fragwürdig dieser Eindruck ist, das hat treffend jener Japaner zum Ausdruck gebracht, dem der Satz zugeschrieben wird: „Ihr Europäer mögt von den Affen abstammen, wir stammen von den Göttern ab.“

Die zivilisatorischen Impulse, die es zweifellos auch gibt, sind von vornherein durch Nationalismus, Machtwille und Überlegenheitswahn verdorben, auch wenn manche technischen und medizinischen Errungenschaften eingeführt werden. Zahlreiche Äußerungen dieser Zeit belegen dies. So erklärte Cecil Rhodes (1853–1902): „Ich behaupte, daß wir das erste Volk der Welt sind, und daß es um so besser für die menschliche Rasse ist, je mehr von der Welt wir bewohnen [...] Da Gott offenkundig das englisch sprechende Volk zu seinem auserwählten Werkzeug formt, durch welches er einen Zustand der Gesell-

schaft hervorbringen will, der durch Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden gegründet ist, muß er offensichtlich wünschen, daß ich tue, was ich kann, um jenem Volk so viel Spielraum und Macht wie möglich zu geben.“ Deutlicher kann man nicht ausdrücken, daß man einer unzeitgemäßen Jahve-Religion anhängt („auserwähltes Volk“), und nicht dem christlichen Impuls der Gleichheit all dessen, was Menschenantlitz trägt, verpflichtet ist. Wie weit diese Konzeption ausgreift, zeigt ein Brief vom Herbst 1891 an einen Freund, den Okkultisten W.T. Stead. In ihm äußert Rhodes, es bestehe „die heilige Pflicht, Verantwortung für die noch unzivilisierten Teile der Welt zu übernehmen“.⁵ In seinem Testament von 1888 erklärt er, die zivilisatorische Mission des „British Empire“ solle durch die Gründung einer Geheimgesellschaft gefördert werden, die „nach der Satzung des Jesuitenordens aufzubauen ist, soweit man dieser habhaft werden kann“; dabei seien die Worte „römisch-katholische Religion“ durch die Bezeichnung „British Empire“ zu ersetzen⁶. Rhodes sieht sich bereits 1877 als „der neue Loyaola“.

Ähnlich tönt der belgische König Leopold II., wenn er 1876 über die afrikanischen Kolonien spricht: „Den einzigen Teil unseres Erdballs für die Zivilisation zu öffnen, wo sie noch kaum hingedrungen ist; die Finsternis zu durchstoßen, die ganze Völker umhüllt, das ist [...] ein würdiger Kreuzzug für unser Jahrhundert des Fortschritts.“

Und der „Alldeutsche Verband“ läßt sich 1890 so vernehmen: „Wir können verlangen, daß uns der Preis zufalle, [...] und dieser Preis ist: einem Herrenvolk angehören, das seinen Anteil an der Welt sich selbst nimmt und nicht von der Gnade und dem Wohlwollen eines anderen Volkes zu empfangen sucht. Deutschland wach auf!“

⁵ Reuveni, a.a.O., S. 27.

⁶ Reuveni, a.a.O., S. 28.

DAS 20. JAHRHUNDERT: VÖLKER DES SÜDENS FORDERN IHR RECHT

Die Kolonisation hat in den verschiedenen Erdteilen unterschiedliche Wirkungen hervorgebracht. In Nordamerika ist eine Art Neo-Europa entstanden, in Südamerika eine Vermischung der weißen Kolonisatoren mit der einheimischen Bevölkerung erfolgt, viele Länder Afrikas gehören zu den Elendsregionen der Erde, während manche Länder Asiens die Hoffnung auf den Aufstieg aus eigener Kraft haben bzw. den Eintritt in den Club der Industriestaaten geschafft haben.

Aus dem Kolonisierungsimpuls ist die „Dritte Welt“ hervorgegangen, die armen Länder vorwiegend auf der Südhalbkugel der Erde. Das 20. Jahrhundert ist das Jahrhundert, in dem die Völker dieser Länder zunehmend wach geworden sind und durch nationale Befreiungsbewegungen versucht haben, ihr Schicksal zu wenden. Die russische Oktoberrevolution hatte auch dem Befreiungskampf mächtigen Aufschwung verliehen, marxistische Ideen gewannen auch hier Einfluß. Im Bündnis von internationaler Arbeiterbewegung und gegen Imperialismus und Kolonialismus gerichteten nationalen Bewegungen – und im bewaffneten Kampf – schien für viele die Garantie des Sieges zu liegen. Aus den Befreiungsbewegungen von damals sind in vielen Ländern die Staatsparteien von heute geworden. Einen anderen Weg gingen diejenigen, die auf gewaltlosen Widerstand setzten wie Mahatma Gandhi.

DIE „WAHRE GESTALT“ DER KOLONIALEN FRAGE

Rudolf Steiner hat 1919 die These aufgestellt, die wahre Gestalt der sozialen Frage der Industrieländer sei darin zu suchen, daß die Proletarier nach Menschenwürde und Anteil an einem geistigen Leben strebten, die der „seelenlose Kapitalismus“ ihnen vorenthalten habe. Daß das Geistesleben durch die bürgerliche Klasse zur Ideologie gemacht worden sei, sei wesentliche Ursache für die Lage des Proletariats. Diese werde aber nicht erkannt, weil der Blick allein auf Ökonomie und Technik gelenkt und das Heil deshalb ausschließlich in der Veränderung der ökonomischen Verhältnisse gesucht worden sei.

Ähnlich kann man die Situation der Befreiungsbewegungen verstehen. Die unterschwellige Hoffnung auf eine Form der Kulturbegegnung mit Europa, die zugleich ermöglicht, die eigene Kultur neu – auf dem Niveau wachen Selbstbewußtseins – zu ergreifen, wurde schwer enttäuscht. Was Europa geistig brachte, konnte nur als Ideologie erlebt werden. Deshalb auch die Zweifel, ob der westliche Weg in die Freiheit nicht generell ein Holzweg gewesen sei. So wird die marxistische Kapitalismus-Kritik, meist in ihrer Leninschen Variante, vielfach übernommen. An ihr orientierten sich die chinesischen, koreanischen, vietnamesischen usw. Kommunisten, ein Ho Chi Minh, ein Mao Tse Tung. Die politische Macht wurde als

Hebel gesehen, durch eine stürmische Entwicklung der technischen Produktivkräfte die westliche Ausbeutung zu überwinden und den Wohlstand der bislang armen Länder zu bewirken. Diesen Ansatz findet man nicht nur bei den Marxisten, sondern auch bei Vertretern der Blockfreienbewegung wie Nasser und Nehru (dem der Satz zugeschrieben wird: „Die Kraftwerke sind die Tempel des neuen Indien!“).

ENTWICKLUNG NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG

Nach dem zweiten Weltkrieg erreichten fast alle Kolonien die politische Unabhängigkeit, zum Teil allerdings erst nach blutigen antikolonialen Kriegen, wobei die neu entstandene Weltkonstellation der Blockbildung zwischen Ost und West hierbei eine wesentliche Rolle spielte.

Die Führungsrolle innerhalb der Industrieländer ging von England an die USA über. Die USA waren keine klassische Kolonialmacht und daher weniger diskreditiert. Die Sklaverei war nach dem Sieg des Nordens im Bürgerkrieg 1861–1865 im ganzen Land abgeschafft, auch durch seinen Beitrag zur Beseitigung der nationalsozialistischen Barbarei genoß das Land das Image einer Vorkämpfernation für Freiheit und Menschenrechte.

Von den USA gingen nach dem Weltkrieg vielfältige Versuche zur Schaffung einer neuen – auf der Mehrheitsdemokratie, der Marktwirtschaft und dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen beruhenden – Weltordnung aus. In diesem Zusammenhang entstanden auch internationale Organisationen wie die UNO, das GATT und der IWF.

Diese haben aber das Grundproblem menschheitlichen Zusammenlebens auf der Grundlage der Freiheit des einzelnen, der Menschenrechte und wirtschaftlicher Kooperation und Solidarität nicht lösen können. Die Vereinten Nationen proklamierten zwar 1948 die Menschenrechte für alle Menschen. Indem aber die Diktatoren gleichberechtigte Mitglieder dieses Gremiums waren, z.B. im Sicherheitsrat, erwies sich die UNO immer wieder als politisch instrumentalisierbar. Viele Nationalstaaten, die in ihr politisch zusammenarbeiteten, verstanden es, immer wieder ihre Staatssouveränität gegen die Menschenrechte auszuspielen. Die Welthandelsordnung GATT und der Internationale Währungsfonds wirkten im Sinne eines weltweiten Marktautomatismus, der eine soziale Gestaltung und regionale Gliederung des Wirtschaftslebens nicht aufkommen ließ.⁷

Nach dem Weltkrieg entstand zugleich ein sozialistisches Staatensystem, das schließlich von Kuba bis China reichte. Dieses Weltsystem bekämpfte bald die USA als Hort des Imperialismus und Neokolonialismus. Man entwickelte die Theorie der drei Säulen des weltrevolutionären Prozesses: Sozialistisches Staatensystem, Arbeiterbewegung im Westen und antiimperialistische Befreiungs-

⁷ Vgl. den Rundbrief 2/1997 zum Thema „Globalisierung“.

bewegungen sollten gemeinsam dem Imperialismus und Kolonialismus den Garaus machen und eine neue Welt schaffen. Bald kam es allerdings vor allem zwischen den russischen und den chinesischen Kommunisten zu tiefen Meinungsverschiedenheiten über die Strategie dieses Befreiungskampfes. Lin Biao wollte das „Drei-Säulen-Konzept“ durch die Perspektive einer Revolution des „Weltdorfs“ (Dritte Welt) gegen die „Weltstadt“ (alle Industrieländer einschließlich der Sowjetunion) ersetzen.

Der Ost-West-Konflikt bot den Ländern der sogenannten Dritten Welt verschiedene Möglichkeiten. Sie konnten über ihre Bündnisbeziehungen mit einer Seite bestimmte Vorteile erlangen, sie konnten aber auch im Schatten des Konflikts eigene Entwicklungswege gehen, wobei sie teilweise die Sowjetunion und die USA gegeneinander ausspielten. Im Schatten des Ost-West-Konflikts gedieh die Bewegung der Blockfreien. Auf der anderen Seite vernichtete das Wetttrüben Entwicklungsmittel, wurden die Völker der Dritten Welt Opfer von Stellvertreterkriegen der Supermächte.

Unter den Folgen des Kolonialismus leiden die betroffenen Völker bis heute. Unverständnis für ihre Eigenart prägte auch vielfach noch die Entkolonialisierung selbst, die unter dem Gesichtspunkt abstrakter Staatsbildungen vorangetrieben wurde. Die Staatsgrenzen auf der Landkarte Afrikas erscheinen wie mit dem Lineal gezogen, nehmen kaum Rücksicht auf gewachsene Strukturen und besondere Verhältnisse, sondern schreiben im Grunde genommen die aus kolonialer Machtpolitik heraus entstandenen Umgrenzungen fort, was eine der Ursachen heutiger blutiger Bürgerkriege darstellt. Auch sind, beispielsweise durch Monokulturen, schwere wirtschaftliche Probleme entstanden.

NEOKOLONIALISMUS, SCHULDENKRISE

Der Vorwurf des Neokolonialismus gegenüber westlichen Ländern ist durchaus nicht aus der Luft gegriffen. So wurden vielfach von Staaten, die sich permanent auf die Menschenrechte berufen, prowestliche Diktaturregimes errichtet oder gestützt. Das klassische Beispiel ist der Sturz der Regierung Mossadegh im Iran durch die CIA. Von der „Entwicklungshilfe“ profitierte oft nur eine kleine Schicht einheimischer Ausbeuter mit millionenschweren Nummernkonten in der Schweiz.

Menschen im Westen, die wach geworden waren für das Los der „Verdammten der Erde“⁸, solidarisierten sich. Sie begeisterten sich für Ho Chi Minh, Camillo Torres, Che Guevara und die Tupamaros. Heute ist jedoch sichtbar, daß der revolutionäre Weg und planwirtschaftliche Ansätze keineswegs die erwarteten Ergebnisse gebracht haben, nachdem bereits Chinas „großer Sprung“ zum ökonomischen Desaster geführt hatte. So ist längst E-

nüchterung eingetreten.

Aber dennoch bleibt der Satz wahr, den Willy Brandt 1980 bei der Vorstellung des Berichts der Nord-Süd-Kommission sprach: „Es grenzt schon an selbstmörderische Naivität zu glauben, daß Milliarden Menschen im Elend auf Dauer tatenlos zusehen werden, wie eine Minderheit der Welt die Reichtümer der Erde verpraßt.“ Diese Ungleichgewichte und Ungerechtigkeiten sind eine enorme Hypothek auf dem weiteren Weg der Menschheitsentwicklung.

In den letzten Jahrzehnten ist das Gefälle zwischen armen und reichen Ländern immer größer geworden. 358 Milliardäre sind mittlerweile so reich wie 2,5 Mrd. Menschen, die Hälfte der Weltbevölkerung, zusammen. Das reichste Fünftel aller Staaten bestimmt über 84,7 Prozent des Weltbruttosozialprodukts.⁹ Der IWF prognostizierte für das Jahr 1997 einen Anstieg der Gesamtschuldenlast der unterentwickelten Länder auf 2067 Mrd. Dollar.¹⁰ Länder wie Guinea Bissau mußten bis zum dreifachen ihrer Exporterlöse für den Schuldendienst aufbringen. Zwar wurden 1994 vom Pariser Club der Gläubigerländer den 27 Ärmsten 2/3 der Schulden erlassen. Dennoch ist keine allgemeine Besserung in Sicht, zumal das Bevölkerungswachstum die Armut verstärkt. Nach UNO-Schätzungen wird beispielsweise in Indien in den nächsten 30 Jahren die Bevölkerung von 911 Mio. auf 1,4 Mrd. Menschen anwachsen. Damit wären jährlich 130 000 neue Schulen nötig, um nur den jetzigen Stand der Alphabetisierung von 52% der Bevölkerung zu halten.

„ENTWICKLUNGSHILFE“

In den Industrieländern ist man stolz auf die den Armen gewährte „Entwicklungshilfe“, in der man eine Art Wiedergutmachung für den Kolonialismus erblickt. Inzwischen hat man den Anfang der 50er Jahre eingeführten Begriff der Entwicklungsländer weiterentwickelt und differenziert beispielsweise zwischen Less developed und Least developed Countries. Dennoch bleibt der Begriff einseitig und kann nur zu leicht als Almosengeste verstanden werden.

Auch bleiben die Industrieländer mit einem Anteil am Bruttosozialprodukt weit unter den auf dem Umweltgipfel von Rio 1992 gemachten Zusagen hinsichtlich der Höhe der Entwicklungshilfe, die 0,7% des Bruttoinlandsprodukts der Geberländer betragen sollte. Nach Angaben der OECD erreichten die Ausgaben der Industriestaaten für Entwicklungshilfe mit 55,1 Mrd. Dollar (1995 noch 69,4 Mrd.) ihren Tiefststand seit 1950. Die EU-Staaten zahlten 1996 zusammen 31,2 Mrd. Dollar, was 0,1% des BIP entspricht. Zum Vergleich: Allein der Rüstungshaushalt der BRD betrug 1997 46,3 Mrd. DM.

⁹ Hans-Peter Martin, Harald Schumann: Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand. Reinbek 1996.
¹⁰ Aktuell, Harenberg Lexikon der Gegenwart '98, S. 139 f.

⁸ So der Titel eines 1961 erschienenen Buchs von Frantz Fanon.

Dabei ist die Wirkung der aufgewendeten Mittel selbst oft fraglich. Seit langem kursiert die These, es handle sich um eine „tödliche Hilfe“¹¹. Gunnar Myrdal – vorher ein entschiedener Befürworter von Entwicklungshilfe – erregte 1981 weltweites Aufsehen, weil er kritisierte, die bisherige Vergabepaxis unterstütze nur korrupte Staatseliten, bei den Armen komme die Hilfe nie an. Diese Kritik mag überzogen sein, weil sie manches, was wirklich erreicht worden ist, nicht berücksichtigt. In der Tendenz ist sie jedoch zutreffend.

Inzwischen entwickelte sich ein neues Paradigma von Entwicklungshilfe, eine Weltordnungspolitik (Global Governance) auf drei sich wechselseitig bedingenden Ebenen: „sozio-ökonomische und politische Strukturformen in den Entwicklungsländern in Ost und Süd; – eine Veränderung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die den strukturellen Rahmen für den Reichtum weniger und die Armut vieler Nationen bilden; – Veränderungen in den Interessen-, Bewußtseins- und Konsumstrukturen in den Industriestaaten [...]“¹².

Dies aber würde voraussetzen, daß die Art des Wirtschaftens, die aus dem Westen in die Welt getragen wird und die ganz auf das Konkurrenz- und Egoismusprinzip ausgerichtet ist, überwunden wird. Man sieht aber, wer von den für die staatliche Entwicklungshilfe Verantwortlichen daran gegenwärtig ein wirkliches Interesse hätte.

11 So der Titel eines Buchs von Brigitte Erler.

12 „Nicht so sehr Ratlosigkeit, sondern Tatenlosigkeit ist das Problem. Bilanz eines halben Jahrhunderts Entwicklungspolitik. Frans Nuscheler über eine neue Politik für die eine Welt.“ Frankfurter Rundschau, 10.4.1996, S. 12. Es handelt sich um eine Dokumentation des Schlußkapitels des 1995 in Bonn erschienenen Standardwerks des Duisburger Politikwissenschaftlers (Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungshilfe).

DAS MAIKAAL–PROJEKT

Biologisch-dynamisch angebaute Baumwolle aus Indien

Coop, die zweitgrößte Handelskette der Schweiz, hat inzwischen seine konventionelle Kleidung weitgehend durch Produkte seiner „Natura–Line“ ersetzt, die sie zu günstigen Preisen verkauft. Nach Angaben der vom Bund für Umwelt und Naturschutz Baden-Württemberg herausgegebenen Zeitschrift Globus, Heft 7/1997, ist vor allem die Unterwäsche zu einem Renner geworden. 1996 wurden statt wie erwartet 600 000 Teile 900 000 Wäschestücke abgesetzt. Im Unterwäschebereich kommt die Natura–Line auf einen Marktanteil von über drei Prozent, in Deutschland hat der gesamte Naturtextilbereich einen Marktanteil von unter einem Prozent.

Möglich wurde diese Entwicklung durch die Initiative eines Schweizer Garnhändlers, des Anthroposophen Patrick Hohmann. Zusammen mit dem indischen Unternehmer Mrigenda Jalan hat er mit seiner Garnhandels-Firma Remei AG (Jahresumsatz 22 Millionen Franken) die Spinnerei Maikaal in Zentralindien aufgebaut. Die Baumwollproduktion in Indien wurde weitestgehend mit hohem Einsatz von Pestiziden betrieben, mit ökologisch verheerenden Folgen. Bankkredite für Saatgut gab es nur, wenn die Bauern 50 Prozent des Geldes für den Kauf von Kunstdünger und Pestiziden verwendeten, die von westlichen Beratern als Garantie für Fortschritt und Wohlstand gepriesen wurden. Bis zu 30mal pro Anbauperiode wurden die Baumwollfelder gespritzt.

Es gelang, die anfangs höchst skeptischen Baumwollbauern zur Umstellung auf den biologisch-dynamischen Anbau zu bewegen. Die Maikaal-Spinnerei versorgt die Bauern mit biologischem Saatgut und garantiert zugleich die Abnahme der Ernte. Für die Bioqualität zahlt sie faire Preise (Aufschlag von 20 bis 25 Prozent auf den Weltmarktpreis). Gleichzeitig entstand ein Netzwerk von Landwirtschaftsberatern, die die Bauern unterstützen. 600 Bauern machen inzwischen mit, und es werden immer mehr. Bemühungen um den Aufbau eines inländischen Biomarktes haben eingesetzt.

Auch die Verarbeitung ist an streng ökologischen Kriterien ausgerichtet. So wird keine Chlorbleiche verwendet, die Textilien werden nur mit schwermetallfreien Farben behandelt.

So ist in der Textilbranche, in der eine extreme Konkurrenz und permanente Wandlungsbewegungen zu Billiglohnstandorten vorherrschen – zu Lasten der Umwelt und der Lebens- und Arbeitsbedingungen vieler Menschen –, ein Modell der fairen und stabilen Zusammenarbeit in der ganzen Kette der Wirtschaftspartner – vom Anbau über die Verarbeitung und Vermarktung entstanden.

Das war nur möglich, weil Patrick Hohmann, inspiriert vom Gedanken der assoziativen Wirtschaft, die Initiative ergriff – und weil er Partner fand, die bereit waren, bei der Preisgestaltung soziale und ökologische Gesichtspunkte einzubeziehen und nicht Maximalgewinn anzustreben. Die Herstellung der Ökoleidung kostet normalerweise 30 Prozent mehr als üblich, bei Coop trotz verbilligender Massenproduktion immer noch 20%.

Adresse: Remei AG Textilhandel, Patrick Hohmann, Lettenstr. 9, CH–6343 Rotkreuz, Tel. (0041 41) 790 33 05.

DIE HEUTIGE LAGE – WAS KANN GETAN WERDEN?

Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus 1989 ist eine neue Weltsituation entstanden. Sie hat nicht, wie man hätte annehmen können, durch Senkung der Rüstungslasten zu einer weltweiten Entwicklungshilfeoffensive geführt. Im Gegenteil: die Globalisierung unter Marktbedingungen, die nach dem Fall der Mauer voll durch-

schlag, hat mit der verstärkten Konkurrenz der Standorte auch in den reichen Ländern zu einem Druck auf die Staatshaushalte geführt, der nicht nur zum Abbau der Sozial-, sondern auch der Entwicklungshilfeausgaben geführt hat. Die Entwicklungsländer orientieren sich seither generell am Modell der Marktwirtschaft – und erhoffen sich von ihrer Attraktivität als Niedriglohnstandorte wachsende Investitionen, ohne daß einstweilen für weite Bevölkerungskreise eine Hebung des Lebensniveaus in Sicht wäre.

Viele sprechen heute von der „einen Welt“. Rudolf Steiner sagte bereits 1910, daß „die nächsten Schicksale der Menschheit [...] in einem viel höheren Grade als das bisher der Fall war, die Menschen zu einer gemeinsamen Menschheitsmission zusammenführen“ werden¹³. In der heutigen Globalisierung vollzieht sich ein Zusammenwachsen der Menschheit, aber nicht in Form der Herausbildung weltweiter Verhältnisse partnerschaftlicher Zusammenarbeit und gegenseitiger Hilfe. Vielmehr entsteht eine gesellschaftliche Situation, in der dem Kapital selbstverständlich zugestanden wird, sich sozialbindungslos auf der Suche nach der besten Anlagesphäre um den Globus zu bewegen, während Menschen, die dem Elend in bessere Regionen entfliehen wollen, als Wirtschaftsflüchtlinge diskriminiert werden.

Dieser kalte Atem der Unmenschlichkeit, der aus dem Abendland weht, wird in der Welt gespürt. Eine Begegnung mit der abendländischen Zivilisation wird so als Identitätsverlust und brutaler Überformungsverlust erlebt. Wir haben also die kulturellen Abgrenzungstendenzen, in denen Huntington den kommenden „Clash of Civilizations“ sieht, selbst provoziert. Wenn heute Länder der sogenannten Dritten Welt die Menschenrechte als etwas spezifisch Europäisches relativieren oder ablehnen, dann liegen die Gründe dafür darin, daß Europa diese Rechte selbst einseitig ausgelegt und gelebt hat. Damit hat es die Vertreter der anderen Kulturen um den eigentlichen Gewinn gebracht, den die Begegnung zwischen ihnen und Europa bieten könnte.

Europa kann nur glaubwürdig werden, wenn es sich wandelt. Nur indem es sich wandelt, kann es sich treu bleiben als Wiege des selbstbewußten Denkens und der Menschenrechte. Aus dem wachen Selbstbewußtsein heraus, das es vom Geist entfernt hat, muß es seinen eigenen Weg zum Geist finden. Dann wird es auch lernen, die Kulturbeiträge anderer Weltregionen für die Menschheit besser zu verstehen. Die Verramschung der Reste alter Spiritualität auf einem boomenden Esoterik-Markt ist dafür kein Ersatz. Es wird lernen müssen, sein Individualprinzip nicht als Selbstverwirklichungs-, son-

dern als Weltverantwortungsprinzip zu leben und dazu beizutragen, daß Sozialformen aus dem Geist der Menschenrechte entstehen: Freiheitlich und „multikulturell“, rechtsstaatlich, kooperativ im Wirtschaftlichen. Bewähren muß sich das Bemühen um solche Formen auch an der Lösung seiner eigenen, immer noch vielfältig vorhandenen Konflikte (in Jugoslawien, Nordirland usw.). Europa wird beitragen müssen zu einer Form wirtschaftlicher Zusammenarbeit, deren Folge nicht gegenseitige Zerstörung ist, sondern durch welche die Grundlagen der Entwicklung in allen Teilen der Welt verbessert werden.

BEISPIELHAFTE PROJEKTE

Mit dem Aufweisen solcher Perspektiven ist noch nicht die Frage beantwortet, was hier und heute getan werden kann. Allgemein ist ein Verebben der Solidaritätsbewegungen zu verzeichnen, die Hilfswerke klagen über rückläufige Spendenbereitschaft und zunehmende Abstumpfung angesichts der täglich via Fernsehen ins Haus gelieferten Katastrophenbilder. Dennoch: es gibt auch andere Tendenzen. Und es gibt praktische Beispiele einer Entwicklungspartnerschaft im Kleinen:

- die Arbeit der Sekem-Initiative in Ägypten,
- die Arbeit von Ute Craemer in der Favela Monte Azul in Brasilien,
- die Projekte des Verbundes Freie Unternehmensinitiativen in Rußland,
- das Maikaal-Projekt in Indien,
- die Tätigkeit von Hakan Blomberg und anderer Freunde in der Dominikanischen Republik,
- die Projekte des Entwicklungshilfefonds der GTS.

Sie stehen hier stellvertretend für viele andere Projekte, in denen eine „real life economie“ gefördert wird, von deren Förderung heute auch in wissenschaftlichen Debatten über Entwicklungshilfe gesprochen wird. In diesen Projekten wurde bereits bis heute mehr real bewegt als durch weit spektakulärere Demonstrationen, auf denen die Parole „Hoch die internationale Solidarität“ skandiert wurde. Auch im größeren Maßstab gibt es nicht nur düstere Perspektiven, sondern auch Hoffnungsschimmer. Man muß nur an den Namen Nelson Mandela denken.

Eine friedliche und menschenwürdige Zukunft wird nur von Menschen geschaffen werden, die mit Gandhi wissen: „Es gibt keinen Weg zum Frieden, der Frieden ist der Weg.“

¹³ Rudolf Steiner: Die Mission einzelner Volksseelen (1910, GA 121, Dornach 1962, 1. Vortrag, S. 13).

ENTWICKLUNGSPROJEKTE IN DER DOMINIKANISCHEN REPUBLIK

Auf der Herbsttagung '97 der Sozialwissenschaftlichen Sektion am Goetheanum berichtete Hakan Blomberg, tätig in der Arbeitsgruppe für ländliche Entwicklung der Anthroposophischen Gesellschaft Schwedens über den Versuch, eine bio-dynamische Branchenassoziation zwischen Kleinbauern in den Tropen, Handel und Konsumenten zu entwickeln. Dabei betonte er vor allem die Notwendigkeit, Risikokapital für solche Projekte zu mobilisieren.

Das Projekt läuft bereits seit über 10 Jahren. In der ersten Phase ging es um die Überwindung der Brandrodungslandwirtschaft, die immer mehr Land in den Tropen entwaldet und austrocknet. In der Dominikanischen Republik waren vor 60 bis 70 Jahren noch 80% der Fläche von Wäldern bedeckt, heute sind es noch 15%. Das Entwicklungsprojekt zielt darauf, den mittellosen Kleinbauern, für die es bisher keine Alternative zu dieser Art von Landwirtschaft gab, biologische, „nachhaltige“ Landbaumethoden anbieten zu können.

1989 wurde gemeinsam von Menschen aus der DR und der schwedischen Arbeitsgruppe die Entwicklungsorganisation „Gran“ begründet, die seit 1996 voll unter inländischer Leitung steht. Gran hat vier grundlegende Aufgabenfelder entwickelt: 1. Biologisch-dynamische Beratung für Landwirte durch 10-12 Berater, die im Land verteilt sind. 2. Kreditgebung an Landwirte in Umstellung über lokale „Banco Comunes“. 3. Kontrolle der Höfe (zur Zeit durch das Instituto Biodinamico de Brasil). 4. Vermarktung und Export.

Die Arbeit umfaßt heute etwa 1000 Landwirte, die Mitglieder von 8 bäuerlichen Vereinigungen sind. Weitere Vereinigungen möchten in das Netzwerk dieser Arbeit eingegliedert werden, weil sie die Vorteile assoziativer Zusammenarbeit in der Branche entdeckt haben. So ist z.B. die Produktivität erheblich gestiegen. Vorteilhaft ist die Arbeit auch für die Verbraucher: Der von Gran exportierte Kaffee erhielt 1996 in Schweden beim Vergleich organischer Sorten das Prädikat „Best in Test“.

Kredite für mittellose Landwirte – „assoziative Finanzierung“

Als Hauptproblem erweist sich immer wieder der Mangel an kurzfristigen Krediten, um Arbeitskräfte anstellen und Kompost unter den Kaffeesträuchern ausbringen zu können. Konventionelle Banken vergeben Kredite nur gegen dingliche Sicherheiten, die die Kleinbauern nicht zu bieten haben. So bekommen sie gewöhnlich nur Kredite von „Intermediarios“, Wucherern, bei denen Zinsen von 150–300% p.a. durchaus üblich sind. „Access to credits makes all the difference“ wie es die Grameen Bank in Bangla Desh es formuliert hat, von deren Arbeit Gran viel gelernt hat (die Grameen Bank hat ca. 2 Mio. Kleinkreditnehmer). Die Kredite werden über die landwirtschaftlichen Vereinigungen an die Bauern gegeben, wobei die Vereinigungen für die Rückzahlung geradestehen. 5% der Darlehenssumme wird in einen Kreditsicherungsfonds einbezahlt. Beabsichtigt ist, die Darlehensnehmer in einem Erzeugerverein zusammenzuführen.

Gran versucht, eine „assoziative Finanzierung“ zu realisieren, d.h. man setzt auf das echte Interesse von Händlern und Konsumenten, nicht nur die Lebensmittel zu kaufen, sondern auch deren Produktion durch Risikokapital zu ermöglichen. Zum assoziativen Gedanken gehört eben auch, daß Risiken solidarisch getragen werden. Dieser Impuls tritt an die Stelle des Gewinnmotivs, aus dem heraus üblicherweise Risikokapital zur Verfügung gestellt wird. Ohne risikotragendes Eigenkapital ist Entwicklung schwer möglich.

Auf dem Weg zu einer Branchenassoziation

Dieses Kapital wird auch der Ausgangspunkt werden, einen Erzeugerverein zu gründen, in welchem die Darlehensgeber zur Mitgliedschaft eingeladen werden. Dies wird nach der formellen Gründung eines Konsumentenvereins geschehen, was den pädagogischen Prozeß dieser Vereinsbildung erleichtern wird. Angestrebt wird auch die Bildung einer aus Gran ausgegliederten eigenen Handelsorganisation. Je weiter die Arbeit vorankommt, um so wichtiger wird die Entwicklung der Beziehungen zwischen Produktion und Markt.

Im Herbst 1997 wurden in Schweden von 70 Menschen 50 000,- DM als risikotragendes „Assoziationsdarlehen“ aufgebracht. Im Herbst 1998 soll versucht werden, mit diesen Kreditgebern einen Konsumentenverein – als Bestandteil einer Branchenassoziation – zu gründen. Als Importeur und Vermarkter in Europa tritt die „Stiftelsen Biodynamiska Produkter SBP“ auf. So kann schrittweise eine echte Branchenassoziation entstehen.

Seit 14 Jahren wird auch eine intensive **kulturelle Arbeit** betrieben. Ein Frauenhaus und ein Kulturhaus sind entstanden, es gibt Bemühungen, die Waldorfpädagogik in der DR heimisch zu machen. Auf diesem Feld gibt es u.a. auch eine Zusammenarbeit mit dem „Novalis Institute“ in Südafrika, das während der letzten 8 Jahre in den armen „townships“ der Großstädte Intensivkurse in Waldorfpädagogik für etwa 13 000 Staatsschullehrer mit mehr als 500 000 Schülern durchgeführt hat. **Finanzbedarf:** Die Finanzierung muß aus verschiedenen Quellen erfolgen. Nicht alles kann über Kredite geleistet werden, auch Schenkungen sind erforderlich. Seit Mitte der 80er Jahre wurden für Projekte in der DR und Aktivitäten in Nicaragua ca. 5 Mio. DM aufgebracht, davon 4 Mio. durch die schwedische Entwicklungshilfebehörde Sida. Für die Zukunft müssen erhebliche Mittel von Menschen aufgebracht werden, die das Projekt stützen wollen.

Kontakt: Hakan Blomberg, Skogsbrynsbvn 5, S-15391 Järna, Tel. und Fax (0046-8) 551 50755.

INITIATIVE FÜR FREIHEIT IM SCHULWESEN

Aktion mündige Schule

(cs/hku) „Welche Regierung die Beste sey? Diejenige, die uns lehrt, uns selbst zu regieren!“ Dieser Satz von Johann Wolfgang von Goethe begrüßt den Betrachter der Internet-Seiten der „Aktion mündige Schule“.

Die AmS ist eine Bürgerinitiative von Eltern, Lehrern und Schülern aus Schleswig-Holstein, die sich für die pädagogische Freiheit im Schulwesen einsetzt. Hierfür betreibt sie eine Volksinitiative, die den § 8 (Schulwesen) der schleswig-holsteinischen Landesverfassung in einer überarbeiteten Fassung zur Diskussion – und später zur Abstimmung – stellen möchte.

Ziel der Initiative ist es, die Selbstverantwortung der LehrerInnen und die Selbstverwaltung der Schulen zum Maßstab künftiger Schulpolitik werden zu lassen. Warum? Pädagogik ist Menschenbegegnung. Sie ist immer individuell-konkret. Wichtiger als alle „Lern-Normen“ ist, daß sich die Schulen entwickeln und verwandeln können. Eigenverantwortung kann nicht gelehrt werden, sie muß erlebt werden. Allein in diesem Jahrhundert diente die deutsche Schulbürokratie fünf völlig verschiedenen politischen Systemen – es wird Zeit für die Erkenntnis, daß Bildung ein zu kostbares Gut ist, um sie allein dem Staat zu überlassen.

Regionale Arbeitsgruppen gibt es in Flensburg, Eckernförde, Rendsburg, Neumünster, Kaltenkirchen, Itzehoe, Norderstedt, Elmshorn, Lübeck und Lensahn.

Sprecher der Initiative ist Henning Kullak-Ublick, Klassenlehrer an der Freien Waldorfschule Flensburg.

ENTSTEHUNG DER AMS

Hierzu sagt Henning Kullak-Ublick: „Es begann alles mit einer ‚öffentlichen Monatsfeier‘, zu der sich im Herbst 1994 fast alle schleswig-holsteinischen Waldorfschulen vor dem Kieler Landtag versammelt hatten. Der Anlaß war ein Gesetzesvorhaben, das für die Waldorfschulen tiefgreifende Einschnitte in den öffentlichen Zuschüssen bringen sollte. Diese Demonstration trug damals – neben dem, daß sie als ein ‚gathering of the tribes‘ auch ein schönes Fest war – erheblich dazu bei, daß sich unsere Verhandlungsführer mit ihrer Argumentation in wichtigen Punkten durchsetzen konnten. Trotzdem blieb der etwas schale Nachgeschmack, daß wir nur wieder das Schlimmste verhindert hatten. Für mich wurde, nicht zuletzt mit Blick auf das zusammenwachsende Europa, die Frage immer drängender, ob wir im öffentlichen Bildungsleben lediglich eine möglichst komfortabel ausgestattete pädagogische Nische für die Waldorfschulen erhalten wollen, oder ob wir uns offensiv in die Debatte um die Zukunft der Schule einmischen – in der Sprache unserer Zeit und mit offenen Armen für alle anderen Bestrebungen, Schule frei zu machen?“

„In dieser Situation erreichte mich ein Brief von Wilfried Heidt, in dem er mich mit Blick auf das Flensburger Heft ‚Waldorfschulen in Not‘ fragte, warum wir nicht auf der Verfassungsebene gegen die in diesem Heft beschriebenen Mißstände angingen? Das war wohl die Frage, auf die wir gewartet hatten. So entstand also die AmS. Wir fragten dann erst einmal die Waldorfschulen im Land, ob sie so etwas mittragen würden und bekamen – insbesondere auch durch die Fürsprache von Bernd Hadewig, dem Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft – einstimmig ihre Unterstützung zugesichert.“

BREITE UNTERSTÜTZUNG

„Die AmS ist aber, das möchte ich mit Nachdruck betonen, eine unabhängige Bürgerinitiative, die allen Interessierten offen steht. Wir haben uns über längere Zeit mit Fachleuten aus ganz Deutschland beraten, wie unser Verfassungsentwurf ausgestaltet werden könnte. Insbesondere Ingo Krampen half uns, als wir noch ein ganz zartes Küken waren. Später kam Frank-Rüdiger Jach dazu, der schließlich auch die Endfassung unseres Gesetzentwurfes geschrieben hat. Mittlerweile bekommt die AmS Unterstützung unter anderem vom European Forum for Freedom in Education (E/F/F/E), dem Bundesverband der Freien Alternativschulen, von den meisten schleswig-holsteinischen Schulen in freier Trägerschaft und von zahlreichen Einzelpersonlichkeiten aus Politik und Gesellschaft. Auch Bundesjustizminister Prof. Edzard Schmidt-Jortzig hat schon unterschrieben.“

CHANCENGLEICHHEIT BRAUCHT CHANCENVIELFALT

Das geistige Leben, zu dem das Schulwesen gehört, kann heute nur in Vielfalt gedeihen. Vielfalt heißt, daß an die Stelle der wuchernden Schulbürokratie ein lebendiges, sich selbst verwaltendes Schulwesen treten muß. Nicht Schulbehörden, sondern Schulindividualitäten brauchen wir, Stätten menschlicher Begegnung. Vielfalt bedeutet

DER ENTWURF DER AMS FÜR DEN ARTIKEL 8 DER SCHLESWIG– HOLSTEINISCHEN LANDESVERFASSUNG UND SEINE BEGRÜNDUNG

1. Jede Schülerin und jeder Schüler hat das Recht auf Bildung. Zur Ausübung ihres Rechtes auf Bildung und Ausbildung stehen allen Kindern und Jugendlichen die Schulen in staatlicher, kommunaler oder freier Trägerschaft, sowie die Schulen einer nationalen Minderheit zur Verfügung.

Der Begriff „Recht auf Bildung“ wird hier in Übereinstimmung mit den Artikeln 19 und 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, verabschiedet von der Generalversammlung der UNO am 10.12.1948, verwandt. - In Artikel 26 (Recht auf Bildung), Absatz 1 dieser Erklärung heißt es: „Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung. Der Unterricht muß wenigstens in den Elementar- und Grundschulen unentgeltlich sein. Der Elementarunterricht ist obligatorisch. Fachlicher und beruflicher Unterricht soll allgemein zugänglich sein; die höheren Schulen sollen allen nach Maßgabe ihrer Fähigkeiten und Leistungen in gleicher Weise offen stehen.“ In Absatz 3 heißt es weiter: „In erster Linie haben die Eltern das Recht, die Art der ihren Kindern zuteil werdenden Bildung zu bestimmen.“ Mit dem „Recht auf Bildung“ wird also ein Grundrecht für alle Kinder und Jugendlichen ausgesprochen, das den Begriff der Schulpflicht durch eine Unterrichtspflicht ersetzt. Es ist Sache des Ausführungsgesetzes, die materiellen und rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß alle Kinder und Jugendlichen ihr Recht auf Bildung wahrnehmen können.

2. Schulen in staatlicher, kommunaler oder freier Trägerschaft sowie die Schulen der nationalen Minderheiten nehmen gleichberechtigt ihren öffentlichen Bildungsauftrag wahr. Ihre Finanzierung hat unabhängig von der Trägerschaft nach gleichen Maßstäben zu erfolgen. Die öffentlichen Zuschüsse müssen in ihrer Höhe so bemessen sein, daß sie den unentgeltlichen Zugang zu den Schulen ermöglichen.

Alle Schulen leisten ihren Beitrag zu dem öffentlichen Auftrag „Bildung“. Soll die Vielfalt und freie Zugänglichkeit aller Angebote gewährleistet sein, so lassen sich unterschiedliche Maßstäbe in der Finanzierung, abhängig vom jeweiligen Träger, nicht rechtfertigen. Es gehört vielmehr zu den Aufgaben des Staates, über die gleichberechtigte Behandlung aller Träger die finanziellen Voraussetzungen für deren pädagogische Wirksamkeit zu schaffen. Entscheidend ist die Vergleichbarkeit der Schulen auf Grundlage ihrer Gleichwertigkeit, nicht aber die Trägerschaft. Diese Regelung schließt selbstverständlich nicht die Möglichkeit für die einzelnen Schulen aus, sich über Fördervereine o.ä. zusätzliche Mittel zu verschaffen, wie es bereits heute gängige Praxis ist.

3. Das Recht jeder Schule auf Selbstverwaltung ist entsprechend ihrer Trägerschaft zu gewährleisten.

Pädagogik ist immer individuell-konkret. Selbstverwaltung ist eine elementare Voraussetzung für die Entfaltung und Entwicklung pädagogischer Konzepte, die den tatsächlichen Gegebenheiten und Bedürfnissen vor Ort entsprechen. Dazu gehört die Berufung des pädagogischen Kollegiums ebenso, wie die Rechtsfähigkeit der einzelnen Schule. (Anmerkung: Kriterium für die Zulässigkeit einer Berufung und für die Unterrichtsgenehmigung kann dabei nur die Gleichwertigkeit, nicht etwa eine Gleichartigkeit der Ausbildung der Lehrkräfte sein. Vergl. hierzu auch § 105 des Musterentwurfes für ein Landesschulgesetz vom deutschen Juristentag.)

4. Vertreter der Schulen wirken bei der Ausübung der staatlichen Schulaufsicht mit.

Innerhalb eines auf Initiative und Eigenverantwortung basierenden Schulwesens muß sich auch die Schulaufsicht wandeln. Sie ist zu einem Organ weiterzuentwickeln, welches die Belange der Schulen koordiniert. Es entspricht einem modernen Demokratie- und Staatsverständnis, daß die Vertreter der unterschiedlichen Schularten und -trägerschaften so weit als möglich in die Erstellung verbindlicher Richtlinien einbezogen werden und daß die verschiedenen Schularten durch Fachleute beaufsichtigt werden, die für ihre jeweiligen Konzepte geschult sind.

5. Das Land gewährleistet die freie Wahl zwischen den verschiedenen bestehenden Schularten durch die Erziehungsberechtigten.

Die Eigenverantwortung der Erziehungsberechtigten für die Wahl der Schulart ist zu respektieren.

6. Das Nähere regelt ein Gesetz.

auch, daß die freien, also nichtstaatlichen Schulen gleichberechtigt neben dem staatlichen Angebot stehen müssen. Nur so ist Wahlfreiheit möglich. Die AmS fordert daher, daß alle Schulen, seien sie in staatlicher, kommunaler oder freier Trägerschaft, rechtlich und wirtschaftlich nach gleichen Maßstäben behandelt werden. Die Gleichberechtigung muß einhergehen mit größtmöglicher pädagogischer Freiheit der einzelnen Schulen.

Denn: **Freiheit kann nur durch Freiheit entstehen!**

WIE FUNKTIONIERT EINE VOLKS– INITIATIVE IN SCHLESWIG–HOLSTEIN?

Hierzu Henning Kullak-Ublick: „Wir haben den Weg einer Volksinitiative gewählt, weil wir mit möglichst vielen Menschen über unseren Vorschlag ins Gespräch kommen wollten. Das ist, wie sich herausgestellt hat, ziemlich mühsam, denn man muß sich ja schon anstrengen, wenn man so eine Geschichte verstehen will. Wir

Zum Vergleich: Bisherige Fassung des Schulartikels der Landesverfassung

1. Es besteht allgemeine Schulpflicht
2. Für die Aufnahme in weiterführende Schulen sind außer dem Wunsch der Erziehungsberechtigten nur Begabung und Leistung maßgebend.
3. Die öffentlichen Schulen fassen als Gemeinschaftsschulen die Schülerinnen und Schüler ohne Unterschied des Bekenntnisses und der Weltanschauung zusammen.
4. Die Erziehungsberechtigten entscheiden, ob ihre Kinder die Schule einer nationalen Minderheit besuchen sollen.
5. Das Nähere regelt ein Gesetz.

haben aber auf diese Weise tatsächlich viele Menschen erreicht, die sich sonst nie mit der Frage beschäftigt hätten, was Bildung eigentlich bedeutet.“

„Die schleswig-holsteinische Landesverfassung gibt den Bürgerinnen und Bürgern das Recht, den Landtag im Rahmen seiner Entscheidungszuständigkeit mit bestimmten Gegenständen der politischen Willensbildung zu befassen. Das kann auch ein Gesetzentwurf sein – wir sind aber die Ersten, die das jemals versucht haben. Mindestens 20.000 Stimmberechtigte müssen unterzeichnen, dann muß uns der Landtag anhören, den Vorschlag prüfen und schließlich darüber entscheiden. Lehnt er ab, so können wir ein Volksbegehren einleiten, dem wiederum binnen eines halben Jahres 5% der Stimmberechtigten zustimmen müssen, um einen Volksentscheid herbeizuführen. In unserem Fall müßten, da es sich um eine Verfassungsänderung handelt, mindestens die Hälfte aller Stimmberechtigten zur Urne gehen, zwei Drittel müßten zustimmen. Das wäre eine sehr hohe Hürde. Ob wir diesen Weg bis zu seinem Ende gehen, können wir jetzt noch nicht entscheiden.“

„Die dreistufige Volksgesetzgebung, deren Idee auch dem schleswig-holsteinischen Verfahren zugrunde liegt, geht übrigens auf die methodischen Vorarbeiten zurück, die in den achtziger Jahren zunächst von Achberg ausgingen und später von verschiedenen Initiativen aufgegriffen wurden.“

ES WERDEN NOCH UNTERSCHRIFTEN GEBRAUCHT!

Am 12. Mai 1997 hat die Unterschriftenaktion der Volksinitiative Aktion mündige Schule begonnen: mindestens 20 000 Unterschriften müssen bis zum 11. Mai 1998 gesammelt werden, um den Landtag zu einer Debatte über diese Initiative zu zwingen. Ende Februar waren 17 000 Unterschriften beisammen. Um der Form zu genügen, werden also noch 3000 Unterschriften gebraucht. Politisch wäre es aber natürlich ganz wichtig, die Zahl von 20 000 deutlich zu überschreiten!

NEUE KÜRZUNGEN FÜR FREIE SCHULEN

Zuletzt wurde am 22. Januar zum wiederholten Mal ein Haushaltsbegleitgesetz verabschiedet, das den Schulen in freier Trägerschaft Kürzungen aufbürdet, die weit über das hinausgehen, was an den staatlichen Schulen eingespart wird. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die freien Schulen außerdem auch automatisch an Einsparungen im staatlichen Schulbereich angekoppelt sind, indem ihre Zuschüsse als prozentuale Anteile der im staatlichen Bereich ermittelten Schülerkosten berechnet werden. Um die Verwirrung komplett zu machen, muß man noch dazudenken, daß nicht alle Kosten der freien Schulen als zuschufähig anerkannt sind und daß die Finanzämter wiederum anders rechnen als das Bildungsministerium. Kurz: Es geht zu wie in einem orientalischen Basar, wobei der Lustfaktor allerdings entfällt.

DROHENDE VERSCHLECHTERUNGEN DES SCHULRECHTS

Ende letzten Jahres wurde ein Referentenentwurf des Bildungsministeriums für die Neufassung des schleswig-holsteinischen Schulgesetzes vorgelegt, den man, neben einigen vernünftigen Neuerungen, wahlweise als Rückfall in den Obrigkeitsstaat oder den Übergang in die Planwirtschaft bezeichnen kann. Am deutlichsten zeigt sich das in dem Vorhaben, der seit Jahrzehnten bewährten Praxis vieler Schulen in freier Trägerschaft, vor allem auch der Waldorfschulen, ihr besonderes pädagogisches Profil durch eine eigenständige LehrerInnenbildung zu gewährleisten, einen Riegel vorzuschieben, indem künftig alleine die staatliche Ausbildung zur Erteilung einer Unterrichtsgenehmigung führen soll. Das ist ein ganz eindeutiger Versuch, ein staatliches Ausbildungsmonopol zu etablieren. Weiter wird in diesem Entwurf angestrebt, alle Veränderungen in den Stundentafeln oder Lehrplänen der freien Schulen künftig als komplette Neugründungen zu bewerten. Das könnte bedeuten, daß damit auch jeweils die vierjährige Wartefrist in der Zahlung von Zuschüssen für diese Schulbereiche in Kraft träte. Bernd Hadewig, Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft der Waldorfschulen im nördlichsten Bundesland, bezeichnet dies in seiner Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf als „Musterbeispiel für eine gesetzlich verordnete pädagogische Erstarrung“. Man muß allerdings im Auge behalten, daß es sich bisher lediglich um einen Referentenentwurf handelt, der eine Diskussionsgrundlage darstellt. Er sei aber erwähnt, weil er in vieler Beziehung symptomatisch ist und in besonderer Weise deutlich macht, mit welchen Bestrebungen man es auch zu tun hat.

„TAG DER SCHULFREIHEIT“ IN LÜBECKER PETRI-KIRCHE GEPLANT

Zur bisherigen Werbung und den weiterhin geplanten Aktivitäten erklärte H. Kullak-Ublick:

„Wir werben mit Infoschriften, Plakaten, Veranstaltungen in Fußgängerzonen und in Schulen. Inzwischen sind auch die Medien verstärkt auf uns aufmerksam geworden und damit erweitern sich die Kreise wieder. Vor allem konzentrieren wir uns jetzt auf ein Fest, das wir am 17. April in der Lübecker Petri-Kirche feiern werden: Wir wollen einen Tag lang mit Darbietungen, Workshops, Vorträgen, Infoständen und allerlei Aktionen in der Fußgängerzone ein ‚Feuerwerk der Initiativen‘ zünden. Wir haben alle freien Schulen im Lande eingeladen, sich zu beteiligen, freuen uns aber auch jetzt noch, wenn aus anderen Bundesländern Initiativen dazukommen, um der Öffentlichkeit vorzuführen, was schon heute alles möglich ist, wenn man nur will. Abends wird eine Podiumsdiskussion stattfinden, die das Verhältnis von Schule und Staat – unter besonderer Berücksichtigung unseres Verfassungsentwurfes – zum Inhalt hat. Die Teilnehmer/innen sind Irene Fröhlich als Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag, Bernd Hadewig, Prof. Frank-Rüdiger Jach, Klaus Karpen aus dem Bildungsministerium, Dr. Theo Liket, der niederländische Bildungsreformer, und Dr. Arend Oetker vom BDI. Es dürfte spannend werden.“

DIE AMS BRAUCHT UNTERSTÜTZUNG

Der Sprecher der AmS zu den Möglichkeiten: „Nun, da wäre einmal die Möglichkeit, alle Verwandten und Freunde in Schleswig-Holstein so schnell wie möglich zu bitten, uns durch ihre Unterschrift zu unterstützen. Und wir brauchen dringend finanzielle Unterstützung. Wir haben bis jetzt immer erfolgreich mit einem Fuß über dem Abgrund getanzt, aber jetzt, beim Endspurt, wird es ... nun ja, Sie wissen ja: Beim Geld fängt die Freundschaft an.“

Aktion mündige Schule e.V.

Zur Anhöhe 23
D-24983 Handewitt

Telefon/Fax (04608) 970 158
eMail: hkullak@pin-net.de
Internet: <http://www.pin-net.de/~hkullak/ams1.html>

Spenden erbeten auf Kt.Nr. 284 556,
Raiffeisenbank Schleswig eG.,
RI 7 216 617 19

HÄUFIG GESTELLTE FRAGEN AN DIE AMS

Wird das Schulwesen durch den Gesetzentwurf der Aktion mündige Schule teurer?

Nicht, wenn man die vorhandenen Mittel einfach gerecht verteilt, wenn also nicht die Trägerschaft (staatlich oder nichtstaatlich), sondern einzig die Vergleichbarkeit der Schulart, besondere Standortfaktoren und andere sachlich begründete Kriterien die Höhe der Zuschüsse bestimmen. Das ist ja die Idee des Bildungsgutscheins. In einer Übergangszeit müßte natürlich das Schulgeld, mit dem das heutige Schulgesetz alle Eltern bestraft, die für ihre Kinder eine freie Schule wählen, in die Schulfinanzierung mit eingerechnet werden, aber da reden wir über eine Größenordnung, die in den Bereich des politischen Wollens gehört – auch in Zeiten knapper Kassen. Im Übrigen kann man davon ausgehen, daß alle Schulen in demselben Maße kostenbewußter arbeiten würden (und könnten), in dem sie über die Verwendung ihrer Zuschüsse selbst zu entscheiden hätten.

Wird es bei einer Gleichberechtigung von staatlichen und nichtstaatlichen Schulen leichter, Sektenschulen zu gründen?

Nein. Keine Schule darf in Deutschland genehmigt werden, wenn sie nicht auf dem Boden des Grundgesetzes steht. Daran ändert auch der Verfassungsvorschlag der Aktion mündige Schule nichts. Er bezieht sich auf bereits genehmigte Schulen.

Was haben die staatlichen Schulen von der neuen Verfassung?

Viel! Das Recht auf Selbstverwaltung bekommt Verfassungsrang. Das kommt jeder Schule, die es will, zugute. Durch die Gleichberechtigung unterschiedlicher pädagogischer Konzepte können neue Ideen schneller umgesetzt werden, was insgesamt zu einer Anhebung des pädagogischen Niveaus führen wird. Außerdem kann flexibler auf besondere Probleme oder Anforderungen reagiert werden. Schließlich steht es auch den Gemeinden frei, Schulen in freier Trägerschaft zu gründen, wenn ihr Bedarf durch die ministeriellen Vorgaben nicht gedeckt wird.

Führt das nicht zum Chaos?

Nein, denn der Schulaufsicht wächst die neue Rolle zu, als Koordinationsorgan der verschiedenen Träger und verschiedener pädagogischer Konzepte zu fungieren. Damit können sich die Fachleute aus der Praxis über gemeinsame Richtlinien für alle Beteiligten verständigen.

Dokumentation: Aufruf zur Unterstützung eines ersten Projektes, freies Schulwesen verfassungsrechtlich zu verankern

Vorbemerkung (C. Strawe): Im Zusammenhang mit der „Aktion mündige Schule“ hat das Institut für Zeitgeschichte und Dreigliederungsentwicklung im Internationalen Kulturzentrum Achberg e.V. einen Unterstützungsauftrag verfaßt. In einem von Peter Barth, Wilfried Heidt, Matthias Hörburger, Birgit Irmer, Gerhard Meister, Kathrin Pfaff, Sascha Schäfer, Herbert Schliffka und Annelie Zieseniß unterzeichneten Schreiben vom 5. Februar wird zur Unterschrift aufgefordert. Auch ich wurde aufgefordert zu unterschreiben. Ich habe mich nicht zur Unterzeichnung entschließen können, da ich dieses Dokument in seinem Duktus und manchen Inhalten nicht voll mittragen kann und andere Formen der Unterstützung der „Aktion mündige Schule“ für effektiver halte. Der Bitte des Aufrufs an alle Menschen der anthroposophischen Bewegung, zu prüfen, ob und wie sie unterstützen könnten, was jetzt in Schleswig-Holstein durch die „Aktion mündige Schule“ (AmS) geschieht, schließe ich mich dennoch vollinhaltlich an.

Der Text des Aufrufs wird hier vollständig dokumentiert. Wer den Aufruf durch seine Unterschrift unterstützen möchte, wendet sich an das: *Institut für Zeitgeschichte und Dreigliederungsentwicklung im Internationalen Kulturzentrum Achberg e.V., Panoramastr. 30, 88147 Achberg, Tel. (08380) 98228, Fax (08380) 675, eMail: Kulturzentrum.Achberg@t-online.de.*

Liebe Freunde der anthroposophischen Bewegung, der Anthroposophischen Gesellschaft, der Waldorfschule und der Dreigliederung des sozialen Organismus! Liebe Freunde der Anthroposophie in aller Welt!

„Zur rechten Zeit ...“

Gelegentlich war in anthroposophischen Publikationen hinsichtlich des Jahres 1998 als von dem „Jahr der Apokalypse“ die Rede.¹ Man stützt sich dabei auf jene Mitteilungen Rudolf Steiners, daß der zur rechtmäßigen Menschheitsentwicklung in scharfer Opposition stehende „Anti-Christ“ (Sorat), das „zweihörnige Tier“ aus der Offenbarung des Johannes, jetzt am Jahrhundertende zum 3. Mal nach der Zeitenwende massiv auf die Menschheitsgeschichte einwirke, um „alles Geistige hinwegzufegen“² und die Entscheidung im Kampf zwischen Ahriman und Michael „letztgültig“ zugunsten Ahrimans herbeizuführen.³

Ohne diesen Aspekt hier weiter zu vertiefen, ist es andererseits wichtig, sich bewußt zu machen, daß in solchen dramatischen Zeiten der Geschichte, die sich ja nicht nur auf ein bestimmtes Jahr konzentrieren, sondern in Jahrzehnten sich manifestieren, durch die bewußte Auseinandersetzung mit dem Bösen auch die positiven Entwicklungskräfte und -impulse verstärkt wirksam werden können, – vorausgesetzt wir erkennen, was *zeitgeistgemäß* konkret gefordert ist und sind bereit, unsere Kräfte für das Erkannte in „gemeinsamem Wollen“⁴ zu verbinden.

Vor diesem kurz angedeuteten zeitgeschichtlichen Hintergrund sei im folgenden ein Ereignis ins Bewußtsein gerufen, das eine Möglichkeit eröffnet, an einem entscheidenden Abschnitt des geistigen Kampfes unserer Zeit eine menschheitlich bedeutsame Tat zu vollbringen.

Exkurs

Kurz etwas über den historischen Zusammenhang der Sache. Wir setzen hier als bekannt voraus, daß die *Waldorfschule* als „freie Schule“ 1919 aus dem Impuls der *Dreigliederung des sozialen Organismus* entstanden ist. Rudolf Steiner hatte seit 1917 in zahlreichen Schriften und Vorträgen die Notwendigkeit einer grundlegenden „*Neugestaltung des sozialen Organismus*“⁵ erläutert, weil ohne dies die Menschheit „nicht weiter mitreden“ könne⁶ und die Gefahr bestehe, daß sie aus ihrer Bahn geworfen und ihr Ziel nicht erreichen werde.⁷

Als ein wesentliches Element dieser Neugestaltung begreift die Dreigliederungserkenntnis ein *freies Geistesleben*, zu welchem wesentlich ein von staatlicher und wirtschaftlicher Abhängigkeit freies, *sich selbst verwaltendes Schulwesen* zählt. Die Schule als „*freies Unternehmen*“⁸ innerhalb eines freien Schulwesens wurde daher von Rudolf Steiner mit an die Spitze der Dreigliederungsforderungen gestellt. Dieses ist seither für alles anthroposophisch-gesellschaftliche Streben ein zentrales Anliegen.

Obwohl es z.B. in Deutschland trotz aller Wendun-

⁵ Rudolf Steiner, GA 185–199, 328–341.

⁶ Rudolf Steiner, Vortrag vom 9.8.1919, GA 296.

⁷ Rudolf Steiner, u.a. Vortrag vom 18.11.1917, GA 178 und Vorträge vom 17.7.1920 und 30.7.1920, GA 197.

⁸ Wilhelm Schmudt, *Der soziale Organismus in seiner Freiheitsgestalt*, Dornach 1968.

¹ Das Goetheanum, Nr. 1/2, 4. Jan. 1998.

² Rudolf Steiner, Vortrag vom 12.9.1924, GA 346.

³ Rudolf Steiner, Vorträge vom 28.7. und 3.8.1924, GA 237.

⁴ Rudolf Steiner, am 22.4.1923, GA 259.

gen der Verhältnisse im Laufe des Jahrhunderts heute die stattliche Zahl von 170 Waldorfschulen gibt, fehlen – wie in allen anderen Ländern auf unterschiedliche Art – auch ihnen noch immer die wesentlichen Bedingungen, deren es bedarf, um als *freie Schule* im Sinne des Begriffes, den die Dreigliederungswissenschaft diesbezüglich entwickelt hat,⁹ zu bestehen. Das ist deswegen so, weil es – wie überall, so auch hierzulande – noch kein *freies Schulwesen* gibt. Das meint: In keiner Verfassung der Welt ist bisher ein freies Schulwesen normativ verankert. Privatschulgesetze oder Sondergesetze, die auch den Waldorfschulen ihren Lebensraum zuweisen, garantieren keine volle Gleichberechtigung zwischen den Schulen in freier und denen in staatlicher Trägerschaft. Außerdem können diese Gesetze je nach schwankenden parteipolitischen Mehrheiten jederzeit geändert werden und den nichtstaatlichen Schulen scheinbarweise und ganz legal den Boden entziehen.

Wenn dann in Zeiten knapper Kassen gespart werden muß, trifft das mit existenzbedrohenden Folgen auch das sogenannte Privatschulwesen; dann werden eben auch an dieser Stelle die öffentlichen Finanzierungen gekürzt. Dagegen zu lamentieren, zu protestieren und zu demonstrieren hat verständlicherweise noch nie zu einer nachhaltigen Lösung dieses Problems geführt.

am rechten Ort ...

Nun hat eine Initiative in dem nördlichsten deutschen Bundesland, Schleswig-Holstein, im vergangenen Jahr einen neuen, politisch-souveränen Weg eingeschlagen, jenen nämlich, auf dem es nach der Verfassung dieses Landes seit 1990 (!) möglich ist, auf direktdemokratische Weise **die verfassungsrechtliche Verankerung eines wirklich freien Schulwesens** anzustreben. Wie ist es dazu gekommen?

In den achtziger Jahren war von Aktivitäten aus der anthroposophischen Bewegung ein Impuls ausgegangen, bei welchem es – durch geschichtliche und sozialwissenschaftliche Forschungsergebnisse fundiert – darum ging, *das Element der Demokratie*, also den Kernbereich des Staatslebens, *dreigliederungskonform weiterzuentwickeln*. Die dabei ins Feld geführte Konzeption wurde in dem Begriff der **„dreistufigen Volksgesetzgebung“** zusammengefaßt und dementsprechende Ausführungsregelungen wurden ausgearbeitet.

Auch wenn „die Kraft der Anthroposophie“¹⁰ in diesem Punkt bisher noch nicht stark genug war, um mit Unterstützung aller darin übereinstimmenden sozialen Bewegungen in Deutschland auch auf bundesstaatlicher Ebene schon ans Ziel zu kommen, so hatte sich der Impuls am Ende der achtziger Jahre in der politischen Öffentlichkeit doch schon so kräftig entwickelt und verbreitet, daß inzwischen alle Verfassungen der deutschen Bundesländer die Möglichkeit anbieten, *aus der Mitte des Volkes Gesetze zu initiieren und durch die Rechtsgemeinschaft selbst zu beschließen*.

Freilich sind die konkreten Regelungen noch in kei-

nem Falle wesensgemäß verwirklicht; trotzdem ist es ein bedeutsamer Schritt in Richtung verwirklichter Dreigliederung, daß **der Weg zur volksinitiierten Legislative** inzwischen immerhin in allen jenen Rechts-Angelegenheiten besritten werden kann, für welche die Länder zuständig sind; das betrifft auch die Ordnungen des Schulwesens.

Schleswig-Holstein war das erste Bundesland, das die dreistufige Volksgesetzgebung in einer bestimmten Ausgestaltung in seine neue Verfassung aufnahm. Demnach können 20 000 volljährige Bürger/innen, die den Gesetzesvorschlag einer **Volksinitiative** mit ihrer Unterschrift unterstützen, denselben als *Gesetzesinitiative* im Landtag einbringen. Das Parlament muß dann binnen einer bestimmten Frist darüber entscheiden. Lehnt es ab, kann die Initiative in einer 2. Stufe für den Gesetzesvorschlag ein **Volksbegehren** einleiten. Wenn diesem dann wieder innerhalb einer bestimmten Frist 5% der Stimmberechtigten mit ihrer Unterschrift beitreten, kommt es in einer dritten Stufe zum **Volksentscheid**. Handelt es sich um den Fall eines Verfassungsgesetzes, ist die Vorlage beschlossen, wenn 50% aller Stimmberechtigten bei der Abstimmung zustimmen.¹¹

das Richtige tun ...

Um diese Perspektive geht es nun bei dem Projekt, für welches wir mit diesem Aufruf die Unterstützung aller erbitten.

Lehrer, Eltern, Schüler und Freunde der Waldorfschule Flensburg haben eine aktuelle Situation in Schleswig-Holstein, in welcher durch Haushaltspläne der Landesregierung einerseits und durch eine vom Bildungsministerium vorgelegten Schulgesetznovelle andererseits die Gefahr heraufbeschworen wurde, die Waldorfschulen und andere Privatschulen noch mehr einzuschränken und ihnen soweit die Mittel zu kürzen, daß dies ihren Bestand in Frage stellen könnte, zum Anlaß genommen, eine *Volksinitiative* zu starten.¹²

Sie erarbeiteten – unterstützt von sachkundigen Beratern – den Entwurf eines *neuen Schul-Verfassungs-Artikels* und konstituierten – getragen von dem gemeinnützigen Verein „Aktion mündige Schule“ (AmS) – die **Volksinitiative „Schule in Freiheit“**. Wenn bis Mai 1998 zwanzigtausend stimmberechtigte Bürger/innen des Landes Schleswig-Holstein diese Initiative mit ihrer Unterschrift unterstützen, wird der Entwurf dem Landtag vorgelegt; dieser muß dann darüber beraten und beschließen. Für den Fall, daß er den Entwurf ablehnt, muß die Initiative entscheiden, ob sie daraufhin ein *Volksbegehren* zum *Volksentscheid* in Angriff nehmen will.

11 Nähere Informationen über den Prozeß der dreistufigen Volksgesetzgebung nach der Regelung in S-H stellt die Initiative allen Interessierten zur Verfügung (siehe auch die entsprechende Seite auf der homepage der Initiative im Internet, Fußnote 23). Zur Idee und zum Verfahren der dreistufigen Volksgesetzgebung siehe Flensburger Hefte Nr. 21, Nr. 24, Nr. 25 und Sonderheft Nr. 5, sowie *Bertold Hasen-Müller / Wilfried Heidt*, Die Kardinalfrage des Staatswesens - Hinweis auf eine Lebensnotwendigkeit der Gegenwart und Zukunft, in: Der Staat - Aufgaben und Grenzen. (Hrsg. St. Leber), Stuttgart 1992.

12 Alle Informationen zur *Volksinitiative* sind unter der Adresse der Initiative zu finden (s. Fußnote 23).

9 Rudolf Steiner, Die Kernpunkte der sozialen Frage, 1919 (GA 23) und Fußnote 7.

10 Rudolf Steiner, am 26.12.1923, GA 260.

Der vorliegende *Aufruf* möchte vorbereitend auf diese mit weit größeren Anstrengungen verbundene nächste Herausforderung aufmerksam machen, um rechtzeitig bei möglichst vielen Menschen der anthroposophischen Bewegung – wo auch immer sie leben mögen – die Frage anzuregen, *ob und wie sie sich dann unterstützend mit der schleswig-holsteinischen Initiative verbinden könnten*, wenn diese sich entschließen sollte, den *Volksentscheid* anzustreben. Möglichkeiten zur Unterstützung gibt es viele. Ehe wir dazu abschließend einige erste Hinweise geben werden, sei das Gewicht der Sache selbst nochmals betont:

Seit wir durch Rudolf Steiner Kenntnis davon haben, daß wir als Menschheit die Erdenzivilisation nur selbst vor dem Absturz in den Kulturtod¹³ bewahren können dergestalt, daß wir einerseits durch „innere Initiative des seelischen Lebens“¹⁴ in unseren Herzen „Intelligenz mit Spiritualität verbinden“¹⁵ und andererseits „als Zeitgenossen“¹⁶ durch Initiativen im Zeitgeschehen Schritt für Schritt das Ziel der Dreigliederung des sozialen Organismus verfolgen,¹⁷ ist in dem deutschen Bundesland Schleswig-Holstein weltweit zum ersten Mal ein Ereignis in Gang, durch welches kraft Bewußtseins und Willens der Rechtsgemeinschaft selbst die reale Möglichkeit besteht, ein freies Schulwesens herbeizuführen im Sinne jener verfassungsrechtlichen Bedingungen, wie sie sich aus der Dreigliederungsidee ergeben. Insofern steht in diesen Wochen und Monaten in dem kleinen Land zwischen Nord- und Ostsee etwas menschheitlich Bedeutsames zur Debatte. Hätte das Projekt Erfolg, wäre es ein erstes gelungenes Beispiel für ein freies Schulwesen auf der Basis demokratischer Gleichberechtigung aller verfassungsrechtlich jeweils zugelassenen pädagogischen Angebote.

= Kunst“ (als Politik des Allgemein-Menschlichen)

Was könnte mehr Begeisterung erzeugen, als eine solche Herausforderung,¹⁸ was mehr Aufruf sein, eine Initiative wie die hier erläuterte als *ein* Weltmittelpunktsgeschehen am Ende des Jahrhunderts zu erkennen und dieses – wo immer wir beheimatet sind – mit allen Kräften zu unterstützen? Was immer an Negativem – über das hinaus, was ohnehin längst in allen Poren und Winkeln des Daseins sich eingenistet hat – noch auftreten mag: Würden sich möglichst viele in dem Bestreben zusammenschließen, um das hier vorgestellte Projekt zum Erfolg zu führen, dann wäre *eine* der Entscheidungen des Jahres 1998 zugunsten des Michael-Gedankens¹⁹ gefallen! Dies wäre dann paradigmatisch als eine „Erfüllung dessen, was die Zeichen der Zeit mit leuchtenden Lettern zu den Herzen

der Menschen sprechen“.²⁰

Dieser Tage stand in einem Brief, es sei nötig, alles – auch das Politische – auf künstlerische Art und Weise zu unternehmen. Aber: „Was ist Kunst?“ Die Antwort von *Joseph Beuys* war: „Zur rechten Zeit am rechten Ort das Richtige tun!“²¹ Die Verwirklichung des „Richtigen“, also des *Allgemein-Menschlichen* in der Politik, wird aber nie aus den Machtzentralen und Bürokratien kommen, sondern einzig aus den freien Intuitionen jener, die aus Erkenntnis handeln und sich darin „mit vielen zur rechten Stunde vereinigen“ (*Goethe*).

In diesem Sinne möchten wir alle Menschen der anthroposophischen Bewegung bitten zu prüfen, ob und wie sie unterstützen könnten, was jetzt in Schleswig-Holstein durch die „Aktion mündige Schule“ (AmS) und die Volksinitiative „Schule in Freiheit“ geschieht. Außer den Hilfsmöglichkeiten, die jetzt schon bestehen – z.B. durch Spenden²² – wird die Initiative, wenn sie sich dazu entschließen sollte, auch die 2. und 3. Stufe (Volksbegehren zum Volksentscheid) anzugehen, einen *Plan* ausarbeiten, aus dem sich dann für alle, die unterstützen wollen, ermitteln läßt, worin ihre Mitwirkung bestehen könnte.

Das Ziel dieses Aufrufes ist erfüllt, wenn viele, die ihn mit dem erhofften Interesse aufnehmen, sich mit der Initiative in Verbindung setzen.²³ Dann wird alles weitere auf dem Wege der Kommunikation mit AmS geschehen.

20 *Rudolf Steiner*, Vortrag zur Eröffnung der Weihnachtstagung am 24.12.1923 über den „obersten Grundsatz für die anthroposophische Bewegung, die ihre Hülle haben soll in der Anthroposophischen Gesellschaft“. GA 260.

21 Vergleiche auch *Rudolf Steiner* in Stuttgart am 1.8.1920.

22 **Bankverbindung:** Aktion mündige Schule e.V., Kto-Nr.: 284 556, BLZ 216 617 19, Raiffeisenbank Schleswig eG.

23 Für **Kontakttaufnahme** mit der Initiative bestehen die folgenden Möglichkeiten: „Aktion mündige Schule e.V.“ - Zur Anhöhe 23 - D-24983 Handewitt Tel./Fax + (0)4608/970158 ≈ Internet: <http://www.pin-net.de/~hkullak/ams1.html> (oder [ams2.html](http://www.pin-net.de/~hkullak/ams2.html)) ≈ E-Mail: hkullak@mail.pin-net.de („Henning Kullak-Ublick“) - Der „Aufruf zur Unterstützung“ ist initiiert vom *Achberger Institut für Zeitgeschichte und Dreigliederungsentwicklung*. Um ein Bild der Resonanz zu bekommen, danken wir denen, die das Projekt unterstützen wollen, für eine kurze diesbezügliche Nachricht auch an das Institut (c/o Internationales Kulturzentrum Achberg, D88147 Achberg, Panoramastr. 30, Tel. + (0)8380-335 oder 98228, Fax - 675, e-Mail: Kulturzentrum.Achberg@t-online.de).

13 *Rudolf Steiner*, Vortrag vom 15.12.1919, GA 194.

14 *Rudolf Steiner*, Vortrag vom 4.8.1924, GA 240.

15 *Rudolf Steiner*, Vortrag vom 19.7.1924, GA 240.

16 Siehe Fußnote 12.

17 *Rudolf Steiner*, Vortrag vom 9.8.1919, GA 296: „Dies wird angesehen werden müssen als das einzige Heil, als die wirkliche Rettung der Menschheit.“

18 *Rudolf Steiner*, Vortrag vom 3.8.1924.

19 *Rudolf Steiner*, u.a. Vortrag vom 19.7.1924, GA 240 und vom 28.7.1924, GA 237.

Gestaltungsgesten aufgabenorientierter Selbstverwaltung

Udo Herrmannstorfer

Seit 1996 werden im Verbund Freie Unternehmensinitiativen verstärkt Fragen der Weiterentwicklung dieser Initiative besprochen. Auf einer Klausurtagung am 19.–20.10.97 hat Udo Herrmannstorfer den folgenden Vortrag gehalten, den wir mit freundlicher Genehmigung der Zeitschrift „Verbund-Spektrum“ hier abdrucken.

AUFGABENORIENTIERUNG

Wir wollen hier zunächst untersuchen, unter welchen Gesichtspunkten wir weiter arbeiten wollen und welche Aufgabe uns zusammenbringt und zusammenhält, an der wir arbeiten wollen, um aneinander wach zu werden.

Ein Gründungsimpuls entsteht immer, wenn Menschen aus ihrem Schicksal heraus zusammengeführt werden. Wird die Aufgabe gefunden, so wird über die Vergangenheit hinaus etwas in die Zukunft führendes Schöpferisches wirksam. Eine solche Zukunftsgemeinschaft kann jedoch nur bestehen, wenn sie aus den Form-Urbildern heraus gepflegt wird. Diese peripher wirkenden Form-Urbilder finden wir im Tierkreis, die dazu notwendigen Prozesse in den Planeten. Wir wollen versuchen, diesen Inkarnationsvorgang einer Aufgabe genauer anzuschauen.

Um die Aufgabe zu finden, muß der vorhandenen zu verändernden Wirklichkeit gegenüber erst die Idee, das Ideal gefunden werden. Von der Idee her fällt ein Licht auf das Vorhandene, das damit in seiner Verwandlungsbedürftigkeit erscheint.

Das Ideal des Verbundes ist die Entwicklung einer assoziativ zusammenarbeitenden Wirtschaft.

Brüderlichkeit ist ein Menschheitsgesichtspunkt und damit notwendiges Gegengewicht zu der Ausrichtung des Geisteslebens auf die Individualität. Ideen gehören einer allgemeinen geistigen Welt an und stehen somit jedem Menschen, der seinen Blick erheben will, zur Verfügung (Sonnenwirksamkeit).

Nicht jede Idee berührt uns innerlich in gleicher Weise. Die Beziehung zu mir klingt erst im Verantwortungsgefühl einer bestimmten Idee gegenüber auf. Aus einer Idealgemeinschaft wird eine Verantwortungsgemeinschaft (Venuswirksamkeit).

Das Erleben der Verantwortung führt dazu, sich eine Aufgabe zu stellen. Die Aufgabe besteht darin, das Ideal mit der Wirklichkeit zu verbinden und diese zu verwandeln (Merkurwirksamkeit).

Mit der Formulierung der Aufgabe findet eine willensmäßige Verbindung statt. Indem diese Aufgabe nach außen formuliert wird, wird die Gemeinschaft offen für alle anderen Menschen, die darin etwas Berechtigtes sehen und an ihrer Verwirklichung mitarbeiten wollen.

Es reicht jedoch nicht, den Willen nur dem Geistigen zuzuwenden. Er muß sich in Tätigkeit verwandeln. Initiative muß entfaltet werden, wenn es nicht beim frommen Wunsch bleiben soll (Marswirksamkeit).

Aus der Aufgabengemeinschaft wird eine Initiativgemeinschaft.

Durch das Tätigwerden entsteht etwas in der Welt, das nun dasjenige, was vorher nur gedacht war, im Leben in Erscheinung bringt. Dabei wird das, was bereits da ist, als Widerstand erlebt, den man überwinden muß (Jupiterwirksamkeit).

Im Sozialen kommt etwas jedoch nur zur Wirksamkeit, wenn es in Zusammenarbeit mit den anderen geschieht. Indem so der Impuls ins Leben geführt wird, beginnt er sich in den Zeitenstrom zu stellen. Dieser führt einerseits zur Erfüllung der Aufgabe, gleichzeitig auch zu deren Erschöpfung, wenn sie nicht immer wieder erneuert werden kann (Saturnwirksamkeit).

Schließlich aber reicht das immer noch nicht. Das Hineinstellen einer Initiative verlangt auch, sich für ihr weiteres Schicksal verantwortlich fühlen. Nur die Treue zum Impuls über alle Höhen und Tiefen hinweg verhindert, daß aus sozialen Impulsen persönliche Spielereien werden (Mondenwirksamkeit).

Das Aufgabenbewußtsein zu erhalten und zu vertiefen ist das erste Gestaltungsfeld und damit Pflegebereich einer Arbeitsgemeinschaft. Die beschriebene Siebenstufigkeit, wie wir sie bei allen Prozessen finden, hat Rudolf Steiner in der Dichtung „Die 12 Stimmungen“, die vom Tierkreis und den Planeten handelt, in der ersten Strophe wie folgt ausgedrückt:

Erstehe oh Lichtesschein	Sonnenwirksamkeit
Erfasse das Werdewesen	Venuswirksamkeit
Ergreife das Kräfteweben	Merkurwirksamkeit
Erstrahle Dich seinerweckend	Marswirksamkeit
Am Widerstand gewinne	Jupiterwirksamkeit
Im Zeitenstrom zerrinne	Saturnwirksamkeit
Oh Lichtesschein verbleibe	Mondenwirksamkeit

6. Stufe: Rechenschaft ablegen: Saturnwirksamkeit
7. Stufe: Entlastung durch die Gemeinschaft: Mondenwirksamkeit

Damit ist ein innerer Rhythmus gegeben, in dem das Leben zwischen einzelnen und Gemeinschaft weben können muß, wenn die Aufgaben bewältigt werden sollen.

Eine ständige Frage im Verbund schiebt sich dabei von Zeit zu Zeit immer wieder in den Vordergrund: ob wir das Ideal schon richtig verstehen oder wie weit man es heute überhaupt realisieren kann. Dabei zeigt sich, daß man eine Aufgabe bereits mutig ergreifen muß, auch wenn noch nicht die letzte Klarheit besteht. Denn die Verwirklichung führt durch die dabei stattfindenden Begegnungen und Erfahrungen zu Ergebnissen, die nicht vollständig voraussagbar sind. Das Ziel wandelt sich im Werden, wie bei jedem echten Kunstwerk. Moderne Gemeinschaften sind in diesem Sinne Unsicherheitsgemeinschaften (offene Gemeinschaften).

In diesen Prozessen gibt es aber auch natürlich Gefahren. Die eine Zielabweichung entsteht, wenn in einer Gemeinschaft der einzelne nur seine persönlichen Vorstellungen verwirklichen will und jede Abweichung davon bereits als Verrat an den Idealen brandmarkt; die zweite Zielabweichung entsteht durch die Eigendynamiken des Selbstgeschaffenen (z.B. Wachstumszwang).

Trotz dieser beiden Gefahren sind wir auf die Initiativkräfte als Ernährungsstrom des sozialen Lebens angewiesen. Aus diesem Grund benötigt dieses Gestaltungsfeld größte Aufmerksamkeit der Pflege im Arbeitsstil: darauf sollte mit dem Begriff „dynamische Delegation“ verwiesen werden.

Auf diese Weise lassen sich weitere Gestaltungsfelder der Gemeinschaft finden, die alle gepflegt und beachtet werden müssen, damit ein Impuls sachgerecht zur Wirksamkeit kommen kann. Diese weiteren Felder sind in dem Arbeitshandbuch für heilpädagogische Einrichtungen in der Schweiz „Wege zur Qualität“ ausgeführt und wir können sie im Verlauf unserer weiteren Zusammenkünfte nach und nach behandeln.

EIGENVERANTWORTUNG

Als weiteres Beispiel sei auch noch das zweite Gestaltungsfeld einer Aufgabengemeinschaft kurz angesprochen, dies um so mehr, als die prozessualen Vorgänge dazu bereits früher im Verbund unter dem Begriff „dynamische Delegation“ schon einmal entwickelt wurden.

Wenn eine Aufgabe ergriffen und verwirklicht wird, so kann man sich natürlich fragen, wer für sie im Leben verantwortlich ist. Und auch die Antwort ist eindeutig: diejenigen, die an ihrer Verwirklichung arbeiten. Der Selbstverwaltungsgedanke ist eine notwendige Folge freier Impulse und nicht etwa eine Belastung der Tätigen. Dieser Eigenverantwortungs- oder Selbstverwaltungsgedanke wirft jedoch eine neue Frage auf, nämlich in welcher Form alle Mittätigen an der Gesamtverantwortung mitbeteiligt sind.

Es klärt sich in dem Moment, wo wir uns klar machen, daß es ja immer die einzelnen sind, die handeln. Die moderne Fragestellung der Selbstverwaltung heißt deshalb: *Was* müssen wir als Gemeinschaft *wie* tun, damit jeder einzelne an seiner Stelle für die Gemeinschaft verantwortlich handeln kann, aber auch in ihr verankert ist?:

1. Stufe: Problemanalyse, Diagnose, Bildbeschreibung: Sonnenwirksamkeit
2. Stufe: Arbeit an den Grundlagen, Urbildern usw.: Venuswirksamkeit
3. Stufe: Lösungserarbeitung durch Delegierte: Merkurwirksamkeit
4. Stufe: Entscheidung durch Delegierte oder alle: Marswirksamkeit
5. Stufe: Realisierung: Jupiterwirksamkeit

Berichte

QUALITÄTSSICHERUNG IN ANTHROPOSOPHISCHEN EINRICHTUNGEN: WEGE ZUR QUALITÄT

Im Rundbrief Nr. 1/1997 wurde das Thema Qualitätssicherung ausführlich behandelt. Seit der Veröffentlichung sind die Bemühungen in anthroposophischen Einrichtungen verstärkt worden, die eigene Qualitätsentwicklung

konsequent anzugehen, d.h. die eigenen Kriterien von Qualität zu formulieren und die Verfahren zu ihrer Entwicklung zu beschreiben bzw. praktisch umzusetzen.

In diesem Zusammenhang ist vor allen Dingen von zwei Arbeitsansätzen zu berichten: Es handelt sich zum einen um den von Dr. Michael Brater und Anna Maurus in Verbindung mit einer Arbeitsgruppe verfaßten „Leitfaden für die Einführung eines Verfahrens zur Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung“, das vom Verband für anthroposophische Heilpädagogik, Sozialtherapie und soziale Arbeit in Deutschland 1996 herausgegeben wur-

de. Zum anderen handelt es sich um das Handbuch „Wege zur Qualität“, das von einer Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit Udo Herrmannstorfer (Institut für zeitgemäße Wirtschafts- und Sozialgestaltung Dornach) entwickelt wurde. Diese Arbeitsgruppe konstituierte sich im Anschluß an die Tagung „Zwischen Staatshoheit und Unabhängigkeit“ (Juni 1995) und steht in enger Verbindung mit dem Verband für anthroposophische Heilpädagogik und Sozialtherapie in der Schweiz (VaHS).

Der „Leitfaden für die Einführung eines Verfahrens zur Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung“¹

Seine Entwicklung stand im Zusammenhang mit neuen Anforderungen des Staates an die Einrichtungen. Den Mitgliedseinrichtungen des Verbandes für anthroposophische Heilpädagogik, Sozialtherapie und soziale Arbeit in Deutschland sollte es erleichtert werden, „ein Verfahren einzurichten, das methodisch ihren eigenen Ansätzen und Arbeitsweisen entspricht“. Der Leitfaden enthält „systematische Hinweise und Anregungen dafür, wie eine Einrichtung vorgehen kann, wenn sie ein ‚Qualitätsmanagement‘ bei sich etablieren möchte ...“ Dabei soll Qualitätsmanagement als die „bewußte Gestaltung des gemeinsamen Lernprozesses der Einrichtung und ihrer Mitarbeiter“ verstanden werden (S. 5), das Verfahren soll offen dafür sein, „von der einzelnen Einrichtung selbst mit inhaltlichen Vorstellungen gefüllt zu werden“ (S. 8). „Das Verfahren der Qualitätsentwicklung beruht auf einer schrittweisen Annäherung an vereinbarte (ideale) Ziele, die sich im Leitbild der Einrichtung, in davon abgeleiteten Arbeitskonzepten für einzelne Bereiche der Einrichtung und noch konkreter, in Leitlinien für einzelne Handlungssituationen ausdrücken.“ (S. 11).

Die Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung soll dezentral organisiert werden, zu schaffende Strukturen sollen helfen, daß jeder Mitarbeiter Mitverantwortung für die Qualität tragen kann. Die Einführung des Verfahrens wird vom Leitungsgremium der jeweiligen Einrichtung beschlossen. 1–3 Mitglieder des Gremiums sollen als Qualitätskoordinatoren ernannt werden, die die Verantwortung dafür übernehmen, „das Verfahren in der Einrichtung einzuführen, seine Entwicklung zu begleiten und dem Leitungsgremium regelmäßig über den Stand zu berichten“ (S. 9). Sie sollen auch zuständig sein für die Einberufung von Projektgruppen zur Formulierung der Qualitätsziele (Leitbild, Arbeitskonzepte, Handlungsleitlinien), die Bereitstellung organisatorischer Hilfen, die Außenvertretung und andere Fragen. Die einzelnen Arbeitsbereiche sollen aus ihrer Mitte Personen als *Qualitätsmoderatoren* benennen. „Diese übernehmen die Verantwortung, daß das Vorgehen für die Qualitätssicherung und –entwicklung eingehalten wird. Sie sind in dieser Hinsicht ‚Hüter des Verfahrens‘“ (S. 10), jedoch nicht

Kontrollure der Inhalte; sie sind zuständig für die Arbeit von Qualitätszirkeln.

Die Qualitätsentwicklung ist Bestandteil der Selbstverwaltung, was bedeutet, daß sich jede Konferenz regelmäßig in einer feststehenden Sitzung (etwa jede 2. Woche im Monat) „als Qualitätszirkel trifft und ausschließlich über Qualitätsfragen spricht“ (S. 11).

Der Ablauf des Verfahrens zur Qualitätssicherung und –entwicklung vollzieht sich in folgenden Schritten:

Festlegen der Qualitätsziele: Leitbildentwicklung als Ausdruck der Strebensrichtung einer Institution. Durch sie soll der Weg der ständigen Verbesserung, der durch das Qualitätsmanagement eingeschlagen werden soll, eine konsensfähige Richtung bekommen. Entwicklung von Arbeitskonzepten und Handlungsleitlinien für die wichtigsten Tätigkeitsfelder.

Beschreibung des Ist-Standards des Handelns: Beschreibung des realen Zustands, der zugleich diejenige Qualität darstellt, über die zunächst vertragliche Vereinbarungen geschlossen werden können. Für die Qualitätsentwicklung handelt es sich um den Ausgangsstandard.

Beurteilung des Ist-Standards: Einschätzung des gegebenen Zustands unter dem Gesichtspunkt des Veränderungs- und Entwicklungsbedarfs.

Verbesserungsvorschläge sammeln: Welche (kleinen) Schritte müssen getan werden?

Aushandeln eines neuen Soll-Standards: Konkrete Vereinbarungen über konkrete Qualitätsverbesserungen im fraglichen Handlungsfeld.

Erprobung des Soll-Standards: „Für einen zu beschließenden Zeitpunkt wird der Soll-Standard – das Verbesserungsvorhaben – erprobt ... Wesentlich bei der Erprobung eines neuen Soll-Standards ist, daß diejenigen, die an der Erprobung teilnehmen oder durch sie betroffen sind, in regelmäßiger – täglicher, wöchentlicher – Rückschau ihre Erfahrungen dokumentieren.“ (S. 16) Die Erfahrungen sollen schriftlich festgehalten werden.

Auswertung der Erprobung: Nach einer vereinbarten Zeit Einschätzung der Durchführbarkeit der Verbesserung, Beschäftigung mit unerwartet aufgetretenen Folgeproblemen usw. „Auf der Grundlage dieser Urteile wird beschlossen, welche Modifikationen möglicherweise am Soll-Standard vorgenommen werden sollen, ob weitere Veränderungen betroffener Bereiche oder Prozesse einbezogen werden müssen, ob man den Standard beibehalten sollte oder nicht. Unter Umständen erweist sich ein so erprobter erster Verbesserungsschritt als Anstoß für viele sinnvolle, nachfolgende Veränderungen und Verbesserungen, etwa auch der strukturellen Ausstattung einer Einrichtung. Es kann nun ein immer umfassenderer Verbesserungsprozeß in Gang kommen. War der erprobte Soll-Standard realisierbar und hat er sich bewährt, kann beschlossen werden, ihn dauerhaft zu übernehmen und zum *neuen Ist-Standard der Qualität* in diesem Bereich zu erklären. Handelt es sich um eine wesentliche Qualitätsveränderung, muß diese auch Eingang finden in die Qualitätsvereinbarung mit dem Kostenträger. Nach einiger Zeit kann und sollte der neu eingeführte Ist-Standard so behandelt werden wie alle anderen Ist-Standards, d.h. er wird wiederum einem kompletten Qualitätsentwicklungsprozeß (ab Schritt 3) unterzogen.

1 Brater, Dr. Michael, und Maurus, Anna: Leitfaden für die Einführung eines Verfahrens zur Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung. Hg. vom Verband für anthroposophische Heilpädagogik, Sozialtherapie und soziale Arbeit e.V., Schloßstr. 9, 61209 Echzell-Bingenheim, 1996.

Individualität und soziale Verantwortung

Grundlagen und Praxis der Dreigliederung des sozialen Organismus – Fortbildungsseminare für Tätige

Qualitätssicherung in anthroposophischen Einrichtungen**INDIVIDUALITÄT - PROZESSE - STRUKTUREN:
ENTSTEHUNGSBEDINGUNGEN DER QUALITÄT****Seminar, 28. und 29. März 1998**

Rudolf Steiner Haus Stuttgart, Zur Uhlandshöhe 10, 70188 Stuttgart

Samstag, 28. März:

10.00 - 12.00: Individualität - Prozesse - Strukturen: Entstehungsbedingungen der Qualität
(Vortrag Udo Herrmannstorfer)
Plenumsgespräch

14.00 - 16.00: Forum Qualitätssicherung in der Praxis - Berichte aus Einrichtungen
(Pädagogik, Heilpädagogik, Sozialtherapie, Altenheime)

16.30 - 18.30: Fortsetzung der Arbeit in Arbeitsgruppen
(Es werden Arbeitsgruppen für die Bereiche Pädagogik, Heilpädagogik, Sozialtherapie und Altenheime gebildet. Weitere Gruppen können bei Bedarf hinzukommen).

20.00: Forum: Arbeit in der Gemeinschaft - Die Qualitätsfrage in der anthroposophischen Ausbildung.
Erfahrungsberichte

Sonntag, 29. März:

9.00 - 10.00: Plenumsgespräch: Berichte aus den Arbeitsgruppen

10.30 - 12.45: Forum Qualitätssicherung in der Praxis - Der Umgang mit den Partnern
(Eltern, Schüler, Betreute, Behörden). Erfahrungsberichte – Schlußwort

Mitwirkende: Dr. Michael Brater, Hellmut Hannesen, Udo Herrmannstorfer, Jürgen Hinderer, Anna Maurus, Jochen Pucher, Johannes Riesenberger, Walter Riethmüller, Uwe Scharf, Thomas Schoch, Christoph Strawe.

Teilnahmegebühr 200,- DM (ohne Unterbringung und Verpflegung).

Anmeldeunterlagen: Institut für soziale Gegenwartsfragen, Haußmannstr. 44a, 70188 Stuttgart,
Tel. (0711) 23 68 950, Fax 23 60 218.

Qualitätsentwicklung wird so zu einem kontinuierlichen Vorgang, in dessen Verlauf sich die Gesamtqualität der Arbeit in einer Einrichtung schrittweise auf die idealen Qualitätsziele hinentwickelt.“ (S. 17)

Laufende Qualitätssicherung: „Integraler Bestandteil eines Qualitätssicherungssystems ist notwendigerweise ein Verfahren zur Qualitätskontrolle, um sicherzustellen, daß die beschlossene Qualität auch eingehalten wird bzw. um rechtzeitig Abweichungen zu bemerken und gegenzusteuern. Qualitätskontrolle ist also nicht Kontrolle von Personen, sondern Kontrolle von Vereinbarungen über Arbeitsabläufe bzw. deren strukturelle Voraussetzungen. Um diese Kontrolle durchführen zu können, ist in der Regel eine systematische Dokumentation der Vorgänge nötig. Der gesamte Komplex der ‚Qualitätskontrolle‘ beinhaltet das Thema ‚Rückschau‘, und zwar auf individueller Ebene, Gruppenebene und Einrichtungsebene (S. 18).

Das Handbuch „Wege zur Qualität“²

Die Erstellung des Handbuchs durch die 1995 gebildete

² Arbeitsgruppe „Qualität“ in Zusammenarbeit mit dem Verband für Heilpädagogik und Sozialtherapie in der Schweiz (Hg.): Wege zur Qualität. Innere und äußere Bedingungen qualitativer Arbeit. Arbeitshandbuch für heilpädagogische und sozialtherapeutische Institutionen. 1997.

Arbeitsgruppe, in der Udo Herrmannstorfer federführend war, steht im Kontext mit aktuellen Entwicklungen in der Schweiz: Nachdem deutlich war, daß die Kantone von den Einrichtungen ein zertifiziertes Qualitätssicherungsverfahren einfordern würden, mußte ein eigenes Verfahren entwickelt werden, wenn man nicht Gefahr laufen wollte, auf ein bestehendes, die eigene Qualität gerade behinderndes Verfahren festgelegt zu werden. Inzwischen hat der größte Teil der heilpädagogischen und sozialtherapeutischen Einrichtungen der Schweiz (derzeit ca. 35) beschlossen, das Handbuch als Grundlage für den bewußten Umgang mit der eigenen Qualität zu nutzen. Erschienen ist das Handbuch im Oktober 1997, seither werden auch Verhandlungen mit Bund, Kanton und Behörden geführt. So wurde z.B. ein Gespräch mit dem Leiter der Schweizerischen Akkreditierungsstelle beim Bundesamt für Meßwesen geführt. Dieser kam zu der Auffassung, daß das Handbuch trotz seines eigenständigen Ansatzes alle Kriterien eines Qualitätssicherungsverfahrens erfülle, d.h. zertifizierungsfähig sei.

Seit Oktober 1997 finden Einführungsveranstaltungen (1 ½ Tage) zur Schulung der Mitarbeiter der angemeldeten Institutionen statt, ein Rundbrief soll Informationen und Schulungsmaterial zu einzelnen Fachthemen bieten, geplant sind Orientierungstage, Vertiefungsseminare und weitere Tagungen.

Das Handbuch beschreibt „**Wege zur Qualität** – In-

nere und äußere Bedingungen qualitativer Arbeit“ und kommt dabei zu den folgenden Grundüberlegungen (vgl. Handbuch, Teil B):

„Maßgebend für die Ausarbeitung dieses Arbeitshandbuches ist die Liebe und Verantwortung gegenüber den Betreuten selbst, durch welche die Heilpädagogik und Sozialtherapie als soziale Dienstleistungen seit jeher geprägt wurden. Dadurch soll vermieden werden, Heilpädagogik und Sozialtherapie auf mehr oder weniger äußerliche Kriterien zu reduzieren. Eine ernst zu nehmende Antwort auf die Qualitätsanforderungen muß dem Wesen des Menschen und der Aufgabe selbst entspringen!“

Die Qualität der Leistungen einer Institution wird einerseits bestimmt von institutionsinternen Verpflichtungen, andererseits von den vom sozialen Umkreis her wirkenden Entstehungsbedingungen.³

1. In bezug auf die Aufgabenstellung wird die Qualität einerseits bestimmt von den im Leitbild der Institution charakterisierten selbstgestellten Aufgaben und Zielen, andererseits von der öffentlichen Anerkennung der selbst gestellten Aufgaben und Ziele der Institution und damit der Anerkennung ihrer Vertragsfähigkeit.

„Die regelmäßige Gegenüberstellung der Konzeptqualität (ideelle Grundlage) mit der Durchführungsqualität (Alltagsgeschehen) ersetzt den üblichen Soll-Ist-Vergleich, der allzu leicht einer unverbindlichen Routine verfällt und willkürlichen Zielsetzungen ausgesetzt ist. Dieser veranlagte Ansatz verlangt eine Klärung der Grundlagen, welche die Aufgabenstellung betreffen.“

2. Eigenverantwortung: Die Qualität wird bestimmt von der Bereitschaft der Mitarbeitenden, die Verantwortung für die Verwirklichung der Ziele des Leitbildes mitzutragen, und von der Anerkennung der Prinzipien der institutionellen Selbstgestaltung und Selbstverwaltung seitens der Vertragspartner.

„Die Qualität der Arbeit wird entscheidend von jedem einzelnen Mitarbeitenden beeinflusst und geprägt. Dabei üben Form und Art der Zusammenarbeit der Mitarbeitenden einen wesentlichen Einfluß auf diese Qualität aus. Diese kann eine um so stärkere Wirksamkeit für die Betreuten entfalten, je mehr sich die Mitarbeitenden durch gelebte Eigenverantwortung mit ihrer Aufgabe verbinden.“

Zu den Punkten „Aufgabenstellung“ und „Eigenverantwortung“ vgl. auch den vorstehenden Vortrag von U. Herrmannstorfer über aufgabenorientierte Selbstverwaltung.

3. Können: Die Qualität ist abhängig von dem aufgabengerechten Können und Wissen der Mitarbeitenden und der Möglichkeit und Anerkennung einer eigenständigen Aus- und Fortbildung.

„Die Mitarbeitenden sind selbst in einem unablässigen Entwicklungsprozeß. Indem sie sich selbst als Lernende erfahren und diesen Prozeß bewußt gestalten, wird im unmittelbaren Umfeld der Betreuten eine menschliche Grundeigenschaft verlebendigt und regt dadurch die Entwicklung der Betreuten an.“

4. Freiheit: Es geht um die gestalterische Freiheit jedes Mitarbeitenden, seine Aufgaben verantwortlich erfüllen zu können und die grundsätzliche Möglichkeit aller Beteiligten, sich die jeweiligen Partner selbst wählen zu können.

„Wesensmerkmal der heilpädagogischen und sozialtherapeutischen Qualität ist die Aktivierung der eigenen Gestaltungskräfte der betreuten Menschen. Heilpädagogik und Sozialtherapie hat den entsprechenden Gestaltungsfreiraum der betreuten Menschen zu achten. Die Entwicklung dieser inneren Gestaltungskräfte hängt mit der individuellen Situation des einzelnen Menschen zusammen, darf deshalb niemals normiert werden und bedingt einen Freiraum, der schöpferisches Tun voraussetzt und fördert.“

5. Vertrauen: Bereitschaft der Mitarbeitenden, die mit den Aufgaben verbundenen notwendigen menschlichen Beziehungen einzugehen und mitzugestalten. Vertrauen in die Institution und ihre Mitarbeitenden durch die Betreuten und deren gesetzliche Vertreter sowie des öffentlichen Vertragspartners auf der Grundlage gegenseitiger Transparenz und Verständigung.

„Heilpädagogische und sozialtherapeutische Arbeit erfolgt in einem ständigen zwischenmenschlichen Wechselspiel. Die Qualität dieser Beziehungs-Dienstleistung wird wesentlich beeinflusst von unmittelbarem Grundvertrauen und gegenseitiger Offenheit.“

6. Schutz: Die Qualität ergibt sich aus dem Willen der Mitarbeitenden zur Zusammenarbeit und der Bereitschaft, sich selbst und den jeweiligen Partnern gegenüber Rechenschaft abzulegen und qualitative Mängel zu beheben. Sie ist Folge der Bereitschaft und der Möglichkeit aller Vertragsparteien, an den sozialen Prozessen nach Maßgabe ihrer Aufgabenstellung mitwirken zu können.

„Sowenig als menschliche Beziehungen abgesichert werden können, sowenig läßt sich Qualität in der Heilpädagogik oder Sozialtherapie sichern. Sie kann nur geschützt werden, indem alle Beteiligten willens sind, entsprechend ihrer Aufgabe als gleichwertige Partner am Gesamtgeschehen mitzuwirken. Durch dieses unmittelbare Mitwirken werden alle Verantwortlichen in die ständige Qualitäts-Entwicklung eingebunden.“

7. Finanzieller Ausgleich: Entstehungsbedingung der Qualität ist der verantwortliche Umgang mit den aus dem Umkreis zur Verfügung gestellten finanziellen Mitteln, sie ist abhängig von der Größe des Handlungsspielraumes, der einer Institution finanziell gewährt wird.

„Die Wirksamkeit von Heilpädagogik und Sozialtherapie, die sich an den individuellen Eigengestaltungskräften der betreuten Menschen orientieren, kann niemals an vorgegebenen Ergebnissen gemessen werden. Effizienz hat sich dem Menschen unterzuordnen, und der Einsatz der materiellen Mittel mißt sich einzig an dieser Menschlichkeit.“

Die Bedingung des Finanzausgleiches korreliert zur Aufgabenorientierung: Damit die Aufgabe bewältigt werden kann, muß ihre Bearbeitung finanziell und materiell ermöglicht werden.

Weitere Bedingungen ergeben sich als inneres Korrelat zu den Gesichtspunkten der Eigenverantwortung, des Könnens, der Freiheit, des Vertrauens und des Schutzes.

³ Vgl. den Überblick im Handbuch Teil B und das Vorwort (Teil A), dem die wörtlichen Zitate entnommen sind.

Wer eigenverantwortlich in einem Bereich der Welt handeln will, muß ihn erkennen. Wer seine Fähigkeiten entwickeln will, muß sich auf einen Weg der inneren Schulung begeben. Frei sein kann nur, wer situationsgerecht und gegenwartsgemäß zu handeln vermag. Vertrauen wächst da, wo sich Gemeinschaft aus der Kraft der menschlichen Individualität bildet. Und die den Handlungsraum aller Beteiligten schützende Zusammenarbeit führt zur Entwicklung einer nicht nur aus Vergangenheitskräften lebenden, sondern die Zukunft gestaltenden Schicksalsgemeinschaft. So ergeben sich als weitere Entstehungsbedingungen der Qualität, – die als solche im Handbuch nicht behandelt werden, wohl aber in der Arbeit mit dem Handbuch thematisiert werden: Erkenntnis, Schulungsweg, gegenwartsgemäßes Handeln, Gestaltung des Verhältnisses von Individualität und Gemeinschaft und Schicksalsbewältigung.

In den einzelnen Kapiteln werden die genannten Leit motive nach der grundsätzlich gleichen Systematik entfaltet: Qualität und jeweilige Aufgabenstellung, Grundlagen der Aufgabenstellung, Vertragliche Regelungen, Strukturen und Organe, Offenheit als Urteilsgrundlage.⁴ Diese Punkte werden teilweise noch durch Ergänzungen konkretisiert, so z.B. im Teil über die Eigenverantwortung durch eine detaillierte Darstellung von möglichen Formen der Regelung (sachinhaltliche Regelungen, Verfahrensregelungen, personalisierte Regelungen).

Das vorliegende Handbuch wird als Arbeitshandbuch bezeichnet, „weil es in jeder Institution durch die Mitarbeiter individuell konkretisiert werden muß. Zudem fordern die meisten darin enthaltenen Regelungshinweise eine bewußte schöpferische Aktivität, sobald sie im konkreten Leben der Institution wirksam werden sollen. Regsamkeit ist das Kennzeichen alles Lebendigen und Wesentlichen und damit auch der Qualität. In diesem Sinn ist das Arbeitshandbuch eine eigenständige Antwort auf die heutige Forderung nach Qualitätssicherung. Nach Auffassung der Arbeitsgruppe erfüllt es alle sachlich berechtigten Qualitäts-Forderungen an eine heilpädagogische und sozialtherapeutische Institution und kann somit als vollgültiger Ersatz anderer Qualitätssicherungssysteme gelten.“

INITIATIVEN IM BEREICH DER KRANKENVERSICHERUNG

(cs) Im Rundbrief 4/95 veröffentlichten wir ein Positionspapier von Udo Herrmannstorfer „Zur Zukunft der Krankenversicherung in Deutschland“, in dem Handlungsrichtungen und Konzepte für ein zeitgemäßes Gesundheits- und Versicherungswesen diskutiert wurden. Insbesondere wurde in dem Papier das Sachleistungsprinzip kritisiert, das zur Bevormundung von Ärzten und Patienten führt und alle Auffassungen von Gesundheit, Krankheit und Therapie, die sich nicht dem wissenschaftlichen Mainstream unterordnen, benachteiligt. Diese würden

allenfalls „auf dem Wege der Kulanz, der Ausnahmeregelung oder der vertraglichen Genehmigung“ einigermaßen berücksichtigt, nicht jedoch durch eine konsequent freiheitliche und solidarische „nachfragefinanzierte“ Krankenversicherung gleichgestellt.

Unterhalb der Schwelle einer grundlegenden Reform des Versicherungswesens gibt es verschiedene Versuche, die Belange der „besonderen Therapierichtungen“ stärker zur Geltung zu bringen.

Bereits vor einiger Zeit hatte sich mit der Securvita eine gesetzliche Kasse formiert, die in ihrer Werbung herausstellte, daß sie „alternative Medizin“ gleichberechtigt finanziere. Der Securvita BKK kann jeder gesetzlich Versicherte unter Einhaltung der Kündigungsfristen bundesweit beitreten. Unterstützt wurde sie u.a. von der Dachorganisation der Naturheilärzte, der Hufelandgesellschaft, und vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Die Konkurrenz sprach von „geschicktem Marketing“ oder „heißer Luft“. Der Vorwurf, das Verhalten von Securvita sei rechtswidrig, wurde vom Bundesversicherungsamt (BVA) entkräftet, das am 30.5.'97 die Satzung der Kasse genehmigte.

Seit dem 1. April 1997 hat dann die Innungskrankenkasse (IKK) Hamburg ihren Leistungskatalog in bezug auf Naturheilverfahren erheblich erweitert. Sie will mit einem auf fünf Jahre befristeten Modellversuch eruiieren, ob die „besonderen Therapierichtungen“, was Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit angehen, eine Alternative zur Schulmedizin darstellen. Dabei ist auch die anthroposophische Medizin einschließlich nicht vom Arzt vorgenommener Anwendungen wie Heileurythmie, rhythmischer Massage und Kunsttherapie eingeschlossen. Die IKK hat mit der Gesellschaft Anthroposophischer Ärzte in Deutschland und dem Deutschen Zentralverein homöopathischer Ärzte Kooperationsverträge abgeschlossen, die Einzelheiten der Vergütung regeln. Andererseits hatte die IKK unter Konkurrenzgesichtspunkten massiv gegen die Securvita Front gemacht.

Hier wird über verschiedene Versuche berichtet, im kleineren Zusammenhang positive Veränderungen zu bewirken: Eine Gesundheitsinitiative in Bremen geht den Weg über die Gründung einer GbRmbH, Freunde in Kiel haben zur Gründung einer gesetzlichen Kasse aufgerufen.

Versicherungsinitiative Samarita GbRmbH

Am 4.12.'97 wurde in Bremen die Samarita GbRmbH (Gesellschaft bürgerlichen Rechts mit beschränkter Haftung) gegründet. Gründungsgesellschafter sind Kurt Beta, Hermann Bleinroth, Jan Dierk Busch, Dr. Reinhard Kind, Jörg Lorenz, Rembert Rauchbach, Urban Vogel und Christian Wemer. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der durch die Geisteswissenschaft Dr. Rudolf Steiners erweiterten Heilkunst sowie einer menschengemäßen Gesundheitspflege und Krankheitsbehandlung. Die Gesellschafter unterstützen sich gegenseitig bei der Entwicklungsförderung, der Gesundheitspflege und der Krankheitsbehandlung des Einzelnen sowohl ideell als auch materiell.

4 Vgl. Handbuch Teil A.

Die Samarita GbRmbH ist also ein Zusammenschluß von Menschen, die ein verantwortungsvolles und soziales Handeln im Umgang mit Gesundheitspflege sowie mit Krankheit und den Krankheitskosten praktizieren wollen.

Der Samarita GbRmbH liegt folgender Gedanke zugrunde:

1) Kleinere Beträge zur Deckung von Kosten für Gesundheitspflege oder für Kosten zur Heilung können von den Betroffenen selbst getragen werden.

2) Mittlere Beträge zur Deckung von Kosten für die Gesundheitspflege oder für Kosten zur Heilung können von einer überschaubaren Menschengemeinschaft (z.B. 30 Menschen) getragen werden.

3) Hohe Beträge zur Deckung von Kosten für die Gesundheitspflege oder für Kosten zur Heilung benötigen eine große Anzahl von Menschen (z.B. 500 Menschen).

Durch die Samarita GbRmbH können obige Punkte wie folgt gelöst werden:

Jeder Gesellschafter legt seinen jeweiligen Beitrag jährlich neu fest (Anhaltspunkt ist: jetziger Beitrag). Die Beiträge müssen von der Gesellschafterversammlung genehmigt werden.

zu 1) Über 50% der eingezahlten Beiträge kann jede Wirtschaftseinheit für die Gesundheitspflege bzw. für Krankheitskosten frei verfügen.

zu 2) Sind für einen Menschen die eigenen 50% der eingezahlten Beiträge aufgebraucht, kann durch die zweiten 50% aller Gesellschafter diesem ein geholfen werden.

zu 3) Für hohe bzw. sehr hohe Krankheitskosten schließt jeder Gesellschafter einen sogenannten Großschadentarif (d.h. Krankheitskosten werden erst ab DM 5000,- oder DM 10 000,- übernommen) bei einem konventionellen Versicherer ab.

Beispiel anhand eines 40jährigen Mannes:

Zur Zeit werden monatlich DM 500,- in die gesetzliche Krankenversicherung eingezahlt.

Der Beitrag für den Großschadentarif (Selbstbeteiligung DM 10 000,-) incl. Pflegepflichtversicherung beträgt monatlich DM 145,74. Die Ersparnis beträgt DM 354,26 im Monat. Im Jahr werden DM 4251,12 gespart. Der mögliche Jahresbeitrag an Samarita könnte also DM 4251,12 sein. Über DM 2125,56 (50%) könnte frei verfügt werden. Die zweiten 50%, also DM 2125,56 stehen zur Abdeckung von mittleren Krankheitskosten zur Verfügung.

Um die Liquidität in der Anfangsphase zu sichern, übernehmen die Gesellschafter im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten Bürgschaften.

Durch den Zusammenschluß von Menschen kann erreicht werden:

- Uneingeschränkte Arzt- und Therapiewahl
 - Therapeut und Patient sind frei in der Gestaltung der gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen
 - geringer Verwaltungsaufwand
 - wirtschaftlicher Anreiz für eine gesunde Lebensführung
 - Vertrauensbildung unter den Gesellschaftern
 - bedürfnisgerechter Einsatz von Reserven
- Wirtschaftlich betrachtet wird voraussichtlich Geld

frei, das für die Förderung der anthroposophischen Medizin oder für soziale Notfälle von Menschen verwendet werden kann.

Die Voraussetzungen zum Beitritt sind vor allem:

- Der Wille, verantwortlich mit Gesundheitspflege und Krankheit umzugehen
- Die Bereitschaft, in Notsituationen den übrigen Gesellschaftern zu helfen und selbst Hilfe anzunehmen
- Den Grundgedanken der anthroposophischen Medizin offen gegenüber zu stehen.

Kontakt und Rückfragen: Urban Vogel, Andere Wege – Finanz- und Versicherungsmakler GmbH, Barbarossastr. 18, 28329 Bremen, Tel. (0421) 498 45 46, Fax 498 45 47.

Aufruf zur Gründung einer neuen alternativen Krankenkasse

Täglich werden wir über die Medien mit den Kostensteigerungen und Leistungseinschränkungen im Gesundheitswesen konfrontiert. Wir erleben auch, daß alternative Behandlungsmethoden nur von sehr wenigen Krankenkassen übernommen werden. Dadurch ist die Gleichberechtigung zwischen der anthroposophischen und homöopathischen Medizin und der Schulmedizin nicht gegeben. Durch das Honorarsystem werden Beratungsgespräche eingeschränkt bezahlt und technische Leistungen überbezahlt. Wir erleben einen Prozeß der Entsolidarisierung und Verunsicherung. Als Versicherte machen wir uns darüber durchaus unsere Gedanken und wollen diesen Vorgängen nicht passiv zuschauen.

Deshalb wollen wir eine gesetzliche Krankenkasse gründen, die sich als assoziative Vereinigung von Ärzten, Patienten und Versicherungsfachleuten versteht und die sich folgende Ziele setzt:

- Auf Organtransplantationen verzichten wir aus ethischen und wissenschaftlichen Gründen freiwillig.
- Wir unterstützen vor allem gesundheitsfördernde und vorbeugende Medizin.
- Uns ist Heilpädagogik, die Sorge für Behinderte und Schwerstkranke, unser vornehmliches, die Würde des Menschen achtendes Anliegen.
- Wir wollen neue wissenschaftliche, therapeutische Verfahren durch ein Kollegium aus Wissenschaftlern und Versicherten untersuchen und bewerten lassen.
- Wir legen Entscheidungsprozesse offen und geben Kompetenzstrukturen bekannt.
- Wir sparen unangemessene Verwaltungskosten.
- Wir legen die Kontoführung offen, so daß jedes Mitglied Überblick über die finanzielle Entwicklung hat.
- Wir werden finanzielle Rücklagen an Bildungsstätten, soziale Einrichtungen und ökologisch verträgliche Wirtschaftsbetriebe verleihen.
- Eine eigene Zeitschrift für die Mitglieder wird über alle Vorgänge berichten und auch medizinische Aufklärung betreiben.
- Natürlich ist auch bei unserer neuen Krankenkasse die freie Arztwahl, die Intensivmedizin und die im

Sozialgesetzbuch V festgelegte Grundversorgung für jeden Versicherten gewährleistet.

Nach dem ersten Aufruf haben 60 Persönlichkeiten ihr Interesse an der Neugründung dieser Krankenkasse bekundet. Ein Initiativkreis, der sich zur Zeit aus 11 Menschen zusammensetzt, trifft sich in regelmäßigen Abständen. Neben der inhaltlichen Arbeit an den „Kernpunkten der sozialen Frage“ von Rudolf Steiner beschäftigt sich dieser Kreis mit dem Fortgang der Konzeptarbeit und bemüht sich um die Erarbeitung rechtlicher Grundlagen.

Ein zentrales Gesprächsthema in unseren Treffen ist der freiwillige Verzicht auf Organtransplantation. Dazu haben wir erarbeitet:

1. Nach unserer Überzeugung wird bei einem Sterbenden mit Hirnversagen durch Organentnahme ein todbringender Eingriff gemacht, der mit Totschlag oder Mord verglichen werden kann.

2. Wir wollen keine gebrauchten Organe empfangen, die von anderen Menschen geistig, seelisch und körperlich durchgearbeitet worden sind.

3. Wir wollen uns unsere eigenen, möglicherweise kranken Organe nicht amputieren lassen, um sie durch gebrauchte Organe zu ersetzen. Heilung bleibt so unmöglich.

4. Wir sind der Auffassung, daß Krankheit, auch wenn sie ohne Transplantation zum Tode führen würde, zu uns gehört. Sie soll nicht durch Beeinträchtigung anderer Schicksale gelindert werden. Darin besteht unser Verzicht.

5. Wir setzen uns für eine Verbesserung der Medizin und insbesondere für organschonende, medikamentöse Behandlung ein, damit kranke Organe langfristig geheilt werden können und Organtransplantationen nicht nötig werden.

Wie ist der Weg zur gesetzlichen Krankenkasse?

Die gesetzlich mögliche Form ist entweder eine Innungs- oder eine Betriebskrankenkasse mit mindestens 1000 Mitgliedern.

Warum wollen wir eine gesetzliche Krankenkasse?

Damit jeder Mensch, dem die dargestellten Inhalte ein Anliegen sind, Mitglied werden kann.

Wenn Sie sich durch unseren Aufruf angesprochen fühlen und diese Krankenkasse mitgründen wollen, schreiben Sie uns bitte an folgende Adresse:

Armin Alles, Kronshagener Weg 15, 24114 Kiel.

Für den Initiativkreis der alternativen Krankenkasse: Sabine Alles, Armin Alles, Ursula Barthel, Erika Eckert, Ursula Suhk, Otfried Benfeldt.

P.S. Wir machen darauf aufmerksam, daß mit Ihrer Willensbekundung zur Zeit keine finanziellen Bedingungen (z.B. Mitgliedsbeiträge o.ä.) verbunden sind. Wegen anfallender Auslagen, wie Sach- und Portokosten, erlauben wir uns, um eine kleine freiwillige Spende zu bitten (Armin Alles, Deutsche Apotheker- und Ärztekasse Kiel, Konto-Nr. 0502914069, BLZ 210 906 19, Stichwort „Gesundheitshilfe“).

SEKTION FÜR SOZIALWISSENSCHAFT AM GOETHEANUM

(cs) Vom 19.–21. Februar 1998 fand in Dornach eine Tagung des Sektionskollegiums der Sektion für Sozialwissenschaft am Goetheanum mit geladenen Gästen statt. Bei der Tagung ging es um Fragen der zukünftigen Weiterentwicklung der Sektionsarbeit, die das Kollegium mit jüngeren Menschen gemeinsam besprechen wollte. Das Gespräch, in dem auch kritische Punkte offen thematisiert werden konnten, setzte an der Frage nach den Signaturen des Guten und des Bösen in der Gegenwart an – und leitete von da aus über zu konkreten Problemen der Arbeitsformen der Sektion (z.B. der Frage, ob die Sektion angesichts wachsender Aufgaben eine professionell arbeitende Geschäftsstelle brauche). Wir werden im Rundbrief über die weitere Entwicklung der Sektion noch ausführlicher berichten.

Ankündigungen und Termine

ARBEITSGRUPPE GESUNDHEITSWESEN

Donnerstag, 21. Mai 1998:

Arbeitsgruppe zum Gesundheitswesen für Ärzte und Sozialwissenschaftler mit Udo Herrmannstorfer. Nächstes Schwerpunktthema: Kreislaufphänomene im menschlichen und im sozialen Organismus

Samstag, 12. Dezember 1998:

Arbeitsgruppe zum Gesundheitswesen mit Udo Herrmannstorfer: Kreislaufphänomene im menschlichen und sozialen Organismus.

Weitere Interessenten sind willkommen.

Auskunft: Dr. Karl-Reinhard Kummer, Poseelstr. 7, 76227 Karlsruhe (Durlach), Tel. (0721) 9414990, Fax: 9414991.

KREIS FÜR DREIGLIEDERUNG DES SOZIALEN ORGANISMUS BERLIN

Mittwochs ab 6.5.'98: Assoziatives Wirtschaften trotz der gegenwärtigen Konzerndominanz. 18–19.30 Uhr.

Mittwochs ab 6.5.'98: Rudolf Steiners Sozialbegriffe ab 1905 – ein Diskussionsangebot. Ab 19.30 Uhr.

Samstags 15–17 Uhr: Drei Foren zu freien Themen (Plakataushänge beachten).

Ort: Bornstr. 11 (Steglitz, Nähe U-Bahn Walter-Schreiber-Platz)

Kontakt: Ernst Ulbrich, Leberstr. 22, 10829 Berlin.

PERSPEKTIVEN GESELLSCHAFTLICHER VERÄNDERUNG

Wochenende vom 27.–29. März 1998 in Berlin Kreuzberg

Unter dem Motto „Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit“ und dem Rosa-Luxemburg-Wort „Freiheit ist immer auch die Freiheit des Andersdenkenden“ veranstaltet die Jugendsektion am Goetheanum ein Wochenende im Berliner Forum Kreuzberg, bei dem Perspektiven gesellschaftlicher Veränderung erarbeitet und diskutiert sowie Gesellschaftszusammenhänge und –prozesse hinterfragt werden sollen. Beiträge und Arbeitsgruppen gibt es unter anderem zu den Themen: Menschenrechte/Identität des Menschen – Dreigliederung des sozialen Organismus – Wirtschaftsprozesse – direkte Demokratie/erweiterter Kunstbegriff – Wissenschaft und Gesell-

schaft. Mitwirkend sind: Heinz Zimmermann, Wilfried Jaensch, Anette Ochs, Benjamin Kolass, Daniale Hering, Martin Malcherk und Robin Schmidt. Tagungsbeitrag DM 50,- incl. Frühstück am Samstag und Sonntag und Abendbrot am Samstag. Übernachtung im Gruppenquartier DM 15,-.

Kontaktadresse: Benjamin Kolass, Liniestr. 226a, 10178 Berlin, Tel. (030) 247 92 95.

ZUR SIGNATUR DER GEGENWART: HAT DIE „KULMINATION DER ANTHROPOSOPHIE“ SCHON STAT- GEFUNDEN?

Zwei Tagungen im Internationalen Kulturzentrum Achberg

5.– 9. April 1998

1. Die Neugestaltung der Anthroposophischen Gesellschaft als „Hülle“ der anthroposophischen Bewegung aus dem Urbild der Dreigliederung des sozialen Organismus.

9.–13. April 1998

2. In der Entscheidungszeit der Jahrtausendwende: Das Projekt einer dreigliederungsorientierten Europäischen Verfassungs-Initiative 2002/03 – Ein Ruf an alle

Nähere Informationen, Tagungsliteratur und Anmeldung: Internationales Kulturzentrum Achberg, 88147 Achberg, Tel. (08380) 335, Fax 675, eMail: Kulturzentrum.Achberg@t-online.de.

FORTBILDUNGSREIHE „INDIVIDUALI- TÄT UND SOZIALE VERANTWORTUNG“

28. – 29. März 1998 – Rudolf Steiner Haus Stuttgart: **Qualitätssicherung in anthroposophischen Einrichtungen. Entstehungsbedingungen der Qualität. Individualität – Prozesse – Strukturen.** Mit Udo Herrmannstorfer, M. Brater u.a.

30. April – 3. Mai 1998 – Anthroposophisches Zentrum Kassel: **Organbildung als Voraussetzung sozialer Handlungsfähigkeit – Beiträge zur Selbstverwaltung.** Mitwirkende: Udo Herrmannstorfer, Christoph Strawe, Dr. med. Sabine Schäfer, Peter Baum.

15. – 17. Mai 1998 – Rudolf Steiner Haus Kiel: **Gestaltungsmöglichkeiten im Sozialen**. Die Dreigliederung des sozialen Organismus – eine zeitgemäße Antwort auf die sozialen Forderungen der Gegenwart
Mit U. Herrmannstorfer und C. Strawe.

10. – 14. Juni 1998 – Rudolf Steiner Haus Stuttgart: **Anthroposophie und Dreigliederung des sozialen Organismus – Eine Einführung**. Mitwirkende Udo Herrmannstorfer, Christoph Strawe, Marco Bindelli.

12. – 15. November 1998 – Anthroposophisches Zentrum Kassel: **1998 = 3mal 666: Der Impuls von Gondishapur in der Gegenwart – Geisteskampf an der Jahrtausendschwelle**. Mitwirkende: Udo Herrmannstorfer, Hmar Lampson, Albert Schmelzer und Christoph Strawe.

Anmeldeunterlagen und nähere Informationen über alle Seminare: Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V., Haußmannstr. 44 a, 70188 Stuttgart, Tel. (0711) 23 68 950, Fax 23 60 218.

ZUM SEMINAR ÜBER DEN IMPULS VON GONDISHAPUR IN DER GEGENWART

In der Apokalypse des Johannes wird über das Tier gesprochen, das durch die Zahl 666 symbolisiert wird. „Und ich sah ein ander Tier aufsteigen aus der Erde, das hatte zwei Hörner gleichwie ein Lamm.“ Dieses Tier verkörpert ein abgründig Böses, das die Entwicklung des Menschen zu einem freien und liebefähigen Wesen zu verhindern strebt. Die Zahlensymbolik der Apokalypse drückt, folgt man der Interpretation Rudolf Steiners, tiefste Geheimnisse der Evolution aus. Ein Aspekt dieser Symbolik verweist auf das Jahr 666 nach Christi Geburt. 1998 jährt sich dieses Datum zum dritten Mal.

Nun macht Rudolf Steiner darauf aufmerksam, daß aus der Kraft des Bösen, die in dem Tier verbildlicht ist, im Jahre 666 ein Impuls auftritt, durch den die Menschheit mit einer Fülle von Wissen und höchster Weisheit ausgestattet werden sollte, aber so, daß sie dieses Wissen ohne innere Anstrengung und Entwicklung er-

langt hätte – und damit zu früh und ohne sich in irgendeiner Weise dafür reif gemacht zu haben. Der Ausgangspunkt für diesen Impuls war die Gelehrtenakademie im persischen Gondishapur, wohin sich führende Köpfe der damaligen Zeit nach der Schließung der Philosophenschule von Athen durch Kaiser Justinian (529) geflüchtet hatten.

Dieser Impuls wurde zwar abgedämpft und teilweise abgebogen. Dennoch gehen von Gondishapur Strömungen aus, die bis heute geschichtlich wirksam sind. Diese Wirksamkeit zeigt sich im Heraufkommen einer nur auf das Materielle gerichteten Welt- und Menschenauffassung ebenso wie im Widerstand gegen eine gesellschaftliche Erneuerung, die von den Entwicklungsbedürfnissen der menschlichen Individualität ausgeht. Bei dem Thema „Gondishapur“ handelt es sich nicht um sensationelle „esoterische“ Enthüllungen. Es geht vielmehr um Entwicklungen, die sich – vielfach unbemerkt – vor unseren Augen abspielen und die unser Leben prägen. Wie kann man diese Entwicklungen erkennen und wie kann man mit ihnen umgehen? Vor welche Fragen stellen sie den einzelnen und soziale Gemeinschaften? Welche Kräfte müssen ausgebildet werden, um in den Auseinandersetzungen der Gegenwart bestehen zu können? Diese Fragen sollen bei dem Seminar bearbeitet werden.

Themen der Vorträge und der Gesprächsarbeit werden sein: Signaturen der Bewußtseinsseele // Christus-Impuls und Individualität // 1 x 666: Der Impuls von Gondishapur // Das Motiv der Verfrühung und der Verspätung // 2 x 666: Der Arabismus und der Entstehungsmoment der Naturwissenschaft – Die Mission des Tempplerordens und seine Vernichtung // 3 x 666: Die apokalyptische Signatur der Gegenwart // Freiheit und Liebe: Der Kampf um die menschliche Entwicklung // Individualität und Sozialität: Dreigliederung des sozialen Organismus als Entwicklungsbedingung der Bewußtseinsseele // Musikalische Übungen und Demonstrationen.



Antwortformular

Bitte ausfüllen und einsenden an Initiative „Netzwerk Dreigliederung“,
c/o Büro Strawe, Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel. (0711) 23 68 950, Fax (0711) 23 60 218.

☞ **Ich beteilige mich am Kostenausgleich 1998 der Initiative „Netzwerk“ mit DM**
(Konto Nr. 11 61 625, Treuhandkonto Czesla, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 600 501 01)

☞ **Bitte schicken Sie mir Expl. Probenummern des Rundbriefs zum Weitergeben.**

☞ **Bitte schicken Sie mir bis auf Widerruf den „Dreigliederungs-Rundbrief“ zu** (mein Kostenbeitrag für den Rundbrief beträgt DM /Jahr (Richtsatz DM 30,-); Konto-Nr. s.o. (Nur bei Neubestellungen ausfüllen.)

Bitte auch Rückseite ausfüllen

Die neue Rolle des Staates

Seminar der Initiative „Netzwerk Dreigliederung“

Sonntag, 22. März 1998

Rudolf Steiner Haus Stuttgart,
Zur Uhlandshöhe 10, 70188 Stuttgart

- 10.30 Uhr: Individualisierung, Globalisierung und die neue Rolle des Staates
(einleitendes Referat: Christoph Strawe)
- 12.15 Uhr: Mittagspause
- 14.00 Uhr: Neue Tendenzen in der Staatsentwicklung (New public management u.a.)
(einleitendes Referat: Udo Herrmannstorfer)
- 15.30 Uhr: Pause
- 15.45 Uhr: Auswege aus der Globalisierungsfalle - Sozialer Schutz unter neuen Bedingungen
(einleitendes Referat: Udo Herrmannstorfer)
- 17.30 Uhr: Sitzung der Teilnehmer am Kostenausgleichsverfahren (Trägerkreis der Initiative
„Netzwerk Dreigliederung“). Ende spätestens gegen 18.30 Uhr.

Für das Seminar wird von Teilnehmern, die nicht ohnehin bereits am Kostenausgleich teilneh-



.....
✍ **Ich komme zum Netzwerk-Seminar „Die neue Rolle des Staates“ am 22. März 1998 in Stuttgart.**

✍ **Bitte schicken Sie mir eine Anfahrtsbeschreibung zum Rudolf Steiner Haus Stuttgart.**

✍ **Bestellmöglichkeit von älteren Rundbriefen: Bitte schicken Sie mir eine Übersicht über noch vorrätige Nummern.**

Name

Adresse, Telefon

Datum, Unterschrift